Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175. Freitag, den 29. Juli 1910. 17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt".

Der bewaffnete Friede.

Zwölf Jahre sind verflossen, seit der Herrscher aller Reußen sein Friedensmanifest in die Welt gehen ließ, um der internationalen Abrüstung, dem internationalen Schiedsgericht und damit dem ewigen Völkerfrieden die Wege zu ebnen. Für einen Moment verschwand damals das Alpdrücken, das die fortgesetzten militärischen Rüstungen bei allen Völkern hervorgerufen hatten, und selbst die Sinne der liberalsten Blätter wurden durch die zarische Friedensschalmei verwirrt. Wer sich noch auf die Leitartikel der liberalen Zeitungen aus jener Zeit besinnen kann, der weiß, welch überschwengliche Hoffnungen das Manifest des Zaren selbst bei vernünftigen Menschen auslöste. Vielen Tausenden, die sich gewöhnt hatten, den Widersinn des militaristischen Systems zu ertragen oder gar zu verteidigen, ging nun ein Licht auf. Sie sahen hell im Osten die Friedenssonne, den Zaren mit der Palme in der Rechten, und sie wähnten das Reich des immerwährenden Friedens in greifbarer Nähe.

Zwölf Jahre sind verflossen. Die Weltgeschichte hat den Zaren Nikolaus inzwischen umgetauft. Wer an ihn denkt, der denkt auch an die Knochen jener armen Teufel, deren Gebeine in den Gefilden der Mandschurei bleichen, der denkt an die ganzen Greuel des russisch-japanischen Krieges, der denkt an jene friedlich-stillen Ortschaften, die von der zarischen Soldateska im Kampfe gegen die Revolution verwüstet wurden, der denkt an all' die edlen Freiheitskämpfer, die die zarische Schreckensherrschaft den schimpflichen Tod am Galgen sterben ließ, der könnte glauben, daß in dem „Friedenszaren" alle Furien des Krieges personifiziert sind. Der Zar mit der Friedenspalme in der blutriefenden Hand, eine bessere Karikatur auf die Friedensheuchelei der herrschenden Klassen läßt sich nicht ausmalen! Wer seine Hände tagtäglich im Blute der Edelsten wäscht, der hat das Recht verwirkt, sich Vorkämpfer des Völkerfriedens zu nennen, der darf nicht über den Frieden sprechen, ohne daß sich der edelste Haß der Völker auf ihn lenkt.

Nur zwölf Jahre sind vorbei, und schon in verschiedenen Ländern läuteten die Glocken die Schrecken des Krieges ein, und in fast allen großen Staaten hat es Momente gegeben, wo man bereits die Waffen zur grausigen Menschenschlächterei schärfte, wo man das Band des Friedens zerreißen wollte. Und was war die Folge dieser Unsicherheit? Immer neue Legionen erstanden, immer größer wurden die stehenden Heere und die Kriegsflotten, immer drückender wurde der Blutzins, den der Militarismus von den Völkern erheischt. Wo aber blieb der ewige Völkerfriede, wo blieb das internationale Schiedsgericht, wo blieb auch nur die Abrüstung?

Wir wußten, daß es so kommen mußte, wie es gekommen ist. Wir wiesen damals auf die Entwicklungsgesetze hin, die unsere Gesellschaft beherrschen. Wir haben gezeigt, daß der Militarimus, der am Mark aller zivilisierten Nationen zehrt, nichts weiter ist als der Ausdruck des internationalen Konkurrenzkampfes, daß der Militarismus nicht eher verschwinden kann, ehe nicht das kapitalistische System, das diesen Konkurrenzkampf erzeugt, beseitigt ist. Wir haben vorausgesagt, daß der Wahnsinn des bewaffneten Friedens nur durch die Sozialisierung der Gesellschaft sein Ende finden wird.

Und haben uns denn die Tatsachen bisher nicht recht gegeben? Was haben die Friedenskongresse im Haag, die ja das praktische Ergebnis der zarischen Friedensbotschaft sind, erreicht? Man könnte beinahe glauben, daß es jene auserlesene Gesellschaft von Militärs als ihre vornehmste Aufgabe betrachtete, den Gedanken der Abrüstung ins Lächerliche zu ziehen. Die erste Friedenskonferenz verbot beispielsweise den Nationen, im Kriegsfalle aus Luftschiffen Sprengstoffe auf feindliche Armeen oder Festungen zu werfen. Dieser Beschluß mußte in Anbetracht der sonstigen Ergebnislosigkeit der Konferenz unsagbar komisch wirken, weil es damals nämlich Luftschiffe, die für eine Verwendung im Kriege in Frage kamen, überhaupt nicht gab. Man setzte sich denn auch richtig über diese Resolution in dem Augenblick hinweg, wo das Problem des lenkbaren Luftschiffes gelöst wurde und wo es einen Zweifel über die militärische Verwendbarkeit des Luftschiffes nicht mehr gab. Begrüßungsbanketts, Phrasen über Abrüstung, nichtssagende Resolutionen, die einer gewissen brutalen Komik nicht entbehren, das ist das ganze Ergebnis der sogenannten Friedenskongresse.

Und nun betrachte man sich einmal die Entwickelung des Verteidigungswesens seit 1898 in allen Großstaaten der Welt und auch bei den übrigen Kulturnationen. Findet man in der Weltgeschichte eine auch nur kurze Epoche, wo auf der ganzen Erde der Ausbau des Verteidigungswesens ein wahnwitzigeres Tempo angenommen hatte, als es heute der Fall ist? In rasend raschem Fortschreiten hat man die Vernichtungsmittel zur See ausgebaut, und auch die Entwickelung der stehenden Heere ist von verhängnisvollem Einfluß auf die Finanzen aller Nationen gewesen. Man greift wohl nicht zu hoch, wenn man die Summe, die den Kulturstaaten der „bewaffnete Friede" kostete (von den Kosten der Kriege sehen wir hierbei aber noch ab), auf 125 Milliarden Mark schätzt. Die nachstehende Tabelle zeigt, welche ungeheueren Summen allein die acht Großstaaten aufzubringen hatten und wie gerade Deutschland seit der Haager Konferenz den Ausbau des Verteidigungswesens forcierte.

Ausgaben für die Landesverteidigung in Millionen Mark:

	Deutschland	England	Frankreich	Rußland	Amerika	Österreich	Italien	Japan
1898 . . .	759	897	755	800	1246	379	283	236
1899 . . .	790	939	787	901	815	375	274	240
1900 . . .	813	1144	836	907	876	377	289	280
1901 . . .	873	1214	854	924	768	397	291	215
1902 . . .	975	1218	827	958	860	402	283	180
1903 . . .	873	1371	809	1004	928	410	327	174
1904 . . .	854	1340	771	1048	1020	421	344	69
1905 . . .	909	1257	857	1069	978	496	343	160
1906 . . .	998	1208	940	1035	965	399	371	192
1907 . . .	1098	1178	874	1066	1086	401	341	407
1908 . . .	1193	1219	880	1124	965	428	360	396
1909 . . .	1210	1277	926	?	?	459	369	335

Die Tabelle zeigt, daß der deutsche Militäretat bereits den russischen überflügelt hat, obgleich Rußland doppelt so viel Einwohner hat und — wenn man von dem asiatischen Rußland ganz und gar absieht — ein zehnmal größeres Gebiet zu schützen hat als Deutschland. Nur ein Land hat mehr für die Landesverteidigung auszugeben als wir, das ist England. Das freiere Volk der Angelsachsen hat sich noch nicht die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem Muster aufzwingen lassen, so daß also die englische Armee eine eigentliche Söldnertruppe ist. Es ist daher erklärlich, daß im englischen Militäretat der Posten „Löhnung und Verpflegung" eine ganz andere Höhe erreicht als in den anderen Ländern. Dann aber hat das englische Volk die gesamten Kosten für das Verteidigungswesen in dem ganzen britischen Weltreich zu tragen. Das ist eben der „Segen" der Kolonialpolitik. Weiter zeigt aber auch die obige Zusammenstellung, daß gerade Deutschland durch das Flottengesetz von 1900 Großbritannien zu so gewaltigen Mehrausgaben gezwungen hat, daß auch drüben der sozialpolitische Fortschritt zu stocken begann und daß aus diesem Grunde die liberale englische Regierung eine Verständigung mit Deutschland anstrebte.

Die obige Tabelle läßt auch schon erkennen, daß die Ausgaben für militärische Zwecke weit rascher wuchsen als die Bevölkerung, so daß also die Ausgaben pro Kopf erheblich stiegen. Wie gerade in Deutschland in den beiden letzten Jahrzenten die Steuerschraube angepreßt wurde, das geht aus den folgenden Zahlen hervor:

Ausgaben pro Kopf für die Landesverteidigung in Mark:

	Deutschland	England	Frankreich	Rußland	Amerika	Österreich	Italien	Japan
1898	13,70	22,21	19,88	6,04	16,96	8,49	8,88	5,39
1899	14,14	23,—	20,55	6,71	10,88	8,33	8,58	5,41
1900	14,43	27,77	21,60	6,66	11,48	8,30	8,94	5,79
1901	15,35	29,18	21,90	6,68	9,89	8,67	8,97	4,70
1902	15,15	29,—	21,18	6,83	10,86	8,70	8,64	3,92
1903	14,90	32,33	20'68	7,06	11,55	8,80	9,92	3,73
1904	14,38	31,31	19,69	7,27	12,27	8,95	10,36	1,45
1905	15,31	29,10	21,87	7,31	11,50	10,46	10,23	3,34
1906	16,47	17,52	23,96	6,98	11,25	8,34	10,97	3,98
1907	17,59	26,84	22,23	7,13	12,63	8,32	10,01	3,33
1907	19,12	27,53	22,36	7,49	11,—	8,76	10,49	3,—
1909	18,84	28,62	23,58	?	?	9,—	10,76	6,64

Doch diese Zahlen, die amtlichen Denkschriften entnommen sind, geben noch kein klares Bild. In den oben angeführten Ausgaben der Großstaaten sind die Militärpensionen bereits enthalten. Nur bei Deutschland ist das nicht der Fall. Der Militärpensionsfonds hat aber bereits die Summe von 100 Millionen Mark überschritten, so daß also allein die Pensionen für Deutschland eine Mehrbelastung von ca. 2 Mk. pro Kopf oder 10 Mk. pro Familie ergeben. Dazu kommt noch, daß auch in den Aufwendungen für die Kolonien Ausgaben für militärische Zwecke enthalten sind und daß wir auch die Verzinsung der Reichsschuld, soweit sie durch militärische Rüstungen hervorgerufen wurde, in Betracht ziehen müssen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ergibt sich für Deutschland eine Belastung von ca. 24 Mk. pro Kopf oder 120 Mark pro Familie. Diese Summe hat jeder Familienvater allein dem unersättlichen Moloch Militarismus in den Rachen zu werfen.

Wut und Empörung würde die weitesten Kreise des Volkes erfassen, wenn man diese Summen vom Volke durch direkte Kopfsteuern erheben wollte. Die herrschenden Klassen wissen das, und daher das raffinierte System der indirekten Steuern, das jede Steuerhinterziehung unmöglich macht und das Volk über die Summen, die ihm ausgepreßt werden, hinwegtäuscht.

Wir sehen aus den obigen Ziffern, daß England, Frankreich und Deutschland die höchsten Aufwendungen pro Kopf machen. Verkehrt wäre es, hieraus den Schluß zu ziehen, daß sich in den anderen Ländern der Militarismus weniger drückend bemerkbar macht. Sicher stöhnt beispielsweise der österreichische Arbeiter mehr unter dem Joch des Militarismus als der englische Arbeiter. Zunächst einmal wird in England ein großer Teil der Ausgaben durch direkte Steuern (Reichserbschaftssteuer usw.), die die Besitzenden treffen, gedeckt; dann aber hat der englische Arbeiter auch relativ hohe Löhne und niedrige Lebensmittelpreise, dank der englischen Freihandelspolitik. In Deutschland und Österreich werden die Mittel nur durch indirekte Steuern aufgebracht, und zwar in erster Linie — das ist das brutalste an unserem Steuersystem — nicht durch reine Finanzzölle, sondern durch Schutzzölle. Diese erlauben den einheimischen Produzenten, den Preis der Ware um den Zoll zu erhöhen und so ein Vielfaches des Zollertrages als Profit in die Taschen zu stecken. Daher die hohen Lebensmittelpreise in Deutschland.

Wie gering sind den so ausgepreßten Summen gegenüber die Beiträge, die der Arbeiter zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu leisten hat. Doch schon mit diesen Beiträgen haben sich großartige Institutionen schaffen lassen. Lungenheilstätten und Sanatorien haben die Sterblichkeit an Tuberkulose außerordentlich herabgedrückt und viele Tausende von Familienvätern vor frühzeitiger Invalidität bewahrt. Gewiß, es geschieht noch nicht genug zur Hebung der Volksgesundheit und die Invalidenrenten sind unzureichend; aber wieviel könnte noch geschehen, wenn obige Summen zu gemeinnützigen Zwecken verwendet würden. Es gäbe keine Seuchengefahr mehr, und die Tuberkulose hätte endgültig ausgespielt.

So aber werden die wichtigsten Kulturaufgaben vernachlässigt und die innere Wohlfahrt wird dem Militarismus geopfert. Dabei sind wir noch lange nicht am Ende dieser Opfer angekommen, wie ja die neue Heeresvorlage beweist, die die Regierung dem Reichstage noch in diesem Jahre vorlegen wird. Tag und Nacht sinnen in allen sogenannten Kulturstaaten Tausende darüber nach, wie immer bessere Menschenvernichtungsmaschinen an Stelle der vorhandenen gesetzt werden können; mit fieberhaftem Eifer sind die Nationen bemüht, die Mechanismen zu vervollkommnen, deren Aufgabe der Menschenmord ist. Wahrlich, wenn etwas die Richtigkeit der Worte John Stuart Mills beweist, daß wir das Zeitalter der Barbarei noch nicht hinter uns haben, dann der Fleiß und die Ausdauer, mit denen Hunderttausende all die Schrecknisse vorbereiten, die der moderne Krieg zeitigt.

Ein Gewehrmodell verdrängt das andere, ein Geschütz folgt dem anderen, und mit einem Schlage werden oft Dinge entwertet, die wahre Goldberge und die Kraft ganzer Arbeiterheere verschlungen haben. Auf das gewöhnliche Schießpulver folgte das rauchlose, auf das Gewehr mit scharfem Knall das Geräuschlose; die Geschosse erlangen eine immer größere Durchschlagskraft und Treffsicherheit, Minen und Luftschiffe bedrohen den Soldaten im Zukunftskriege, der Krieg wird immer unheimlicher, grauenerregender, nervenverwüstender, und die materiellen Opfer werden im Kriege und im Frieden immer größer. Die moderne Kriegswissenschaft ist eben die revolutionärste Wissenschaft, die es gibt.

Dabei wird der Militarismus immer mehr zum Selbstzweck der Staaten. Er zehrt wie ein wucherndes Krebsgeschwür am Staatenkörper und braucht dessen beste physische und geistige Kräfte auf. Schon jetzt ist die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Proletariats weit überschritten. Hunderttausende von Familien können sich selbst bei größter Anspruchslosigkeit nie mehr richtig satt essen, die Unterkonsumtion ist chronisch geworden. Der Militarismus führt — das wußte schon das Manifest Nikolaus des Blutigen so schön zu sagen — zum Ruin, zum Staatsbankerott, zur physischen und geistigen Degeneration des Volkes. Dabei wird der Militarismus immer mehr zum Zerrbild auf die wahre Stärke der Nation, weil er sich nicht mehr auf ein gesundes, blühendes und reiches Volk zu stützen vermag. Die Armeen mögen numerisch bis ins Unendliche wachsen, aber jeder einzelne Mann, der neu eingereiht wird und vom Volke erhalten werden muß, trägt dazu bei, es um so rascher verkommen und entarten zu lassen.

Das Proletariat hat in der kapitalistischen Gegenwart gewiß über viele Probleme nachzudenken und den Kampf

gegen die verschiedensten Auswüchse und Übergriffe zu führen: aber nichts ist so wichtig als der Kampf gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande, dessen Widersinnigkeit drastisch jene gleißenden Goldberge illustrieren, die die Völker dem Moloch opfern mußten.

Kein Arbeiterschutz, keine Volkswohlfahrt, so lange der Militarismus die Völker bedrückt, deshalb Kampf, rücksichtsloser Kampf dem Moloch.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine verspätete Aktion.

Wir meldeten kürzlich, daß der Minister des Innern in einem Rundschreiben an die untergeordneten Behörden die Verzweiflungstat jener Mutter bekanntgab, die im vorigen Jahre ihr uneheliches Kind tötete, weil es ihr durch das sonderbare Verhalten der Gemeindebehörden nicht möglich war, es zu ernähren. Das Vorgehen der Behörden wurde vom Minister verurteilt, da es gegen die Vorschriften des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes verstoße.

Man ist jetzt im Ministerium des Innern noch einen kleinen Schritt weitergegangen. Der Regierungspräsident von Breslau wurde angewiesen, eine Disziplinaruntersuchung gegen die schuldigen Gemeindebehörden einzuleiten, was inzwischen auch geschehen sein soll. Was bei der Untersuchung herauskommen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Der Militarismus und die Achtung vor dem Menschen.

Eine grobe militärische Ausschreitung ist, wie berichtet wurde, vor einigen Tagen in Mainz verübt worden. Gegen einen Schutzmann in Zivil ist auf dem dortigen Festungsgelände ein scharfer Schuß abgegeben worden, der den Schutzmann zufällig nicht traf. Zu diesem Vorfall werden dem „Mainzer Journal" aus guter Quelle noch folgende ergänzende Einzelheiten berichtet:

„Es ist bereits ein eingehender Tatbestandsbericht an das Festungsgouvernement abgegangen, und es ist zu erwarten, daß das Gouvernement eine strenge Untersuchung des Falles veranlaßt. Welche Zustände sind es, wenn Soldaten auf einen harmlos seines Weges gehenden Mann einfach einen scharfen Schuß abgeben, weil sie vermuten, er habe auf einen Wachtposten mit Steinen geworfen? Als die Soldaten dem Schutzmann „Halt" zugerufen hatten, konnte dieser die Soldaten nicht einmal sehen, da sie durch die hohe Frucht auf dem Felde verdeckt waren. Er konnte garnicht daran denken, daß der Zuruf von Soldaten ausgegangen sei, um so weniger, als ihm noch zugerufen wurde, er solle sich auf die Erde legen und seine Taschen leeren. Dann fiel der Schuß, und jetzt erst drehte sich der Schutzmann um und gewahrte die Helmspitzen der Soldaten über den Fruchthalmen. Nun riefen ihm die Soldaten noch einmal zu, er solle sich auf die Erde legen. Dessen weigerte sich der Schutzmann; da sie aber mit gefälltem Bajonett und schußbereit auf ihn eindrangen, kniete der Schutzmann nieder, weil er nicht Lust hatte, sich zum zweiten Male einer Kugel auszusetzen. — Eine recht niedliche Geschichte, die genauester Aufklärung bedarf."

Über dieses Vorkommnis herrscht überall in der Bevölkerung größte Erregung, um so mehr, als in den letzten Jahren schon mehrmals über grobe Ausschreitungen militärischer Posten zu klagen war. Falls die verlangte „genaueste Aufklärung" nicht erfolgen sollte, will man darüber im Reichstag den Kriegsminister interpellieren. Der Herr Kriegsminister wird den empörten Bürgern wahrscheinlich antworten, daß es im Wesen des Militärstaates liegt, den Wachtposten zum Richter über Leben und Tod des Bürgers zu machen. Dazu hat er ja den geladenen Schießprügel.

Bündler-Terrorismus.

Der Bund der Landwirte im Kreise Friedberg-Büdingen, dessen Kandidat Helmolt in der Stichwahl unserem Genossen Busold unterlegen ist, hat jetzt, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, in Nieder-Mockstadt gegen eine Reihe von Geschäftsleuten eine Boykotterklärung erlassen. Da viele von den Beteiligten, die angeblich für den Genossen Busold gestimmt haben sollen, streng verfolgt werden, so soll der Schaden der betreffenden Geschäftsleute ziemlich erheblich sein.

Die gleichen Leute, die hier den schärfsten Terrorismus anwenden, können auf der anderen Seite nicht genug in sittlicher Entrüstung machen, wenn die Sozialdemokraten die Schädlichkeiten der öffentlichen Wahlen zeigen.

Die neue Militärvorlage.

Nach einer Meldung der antisemitischen „Täglichen Rundschau" ist die neue Militärvorlage dem Bundesrat bereits zugegangen. Die Kosten sollen sich auf 34 Millionen Mark beziffern.

Das antisemitische Blatt fleckt mit dieser Meldung offenbar nur einen Fühler heraus, denn erstens ist der Bundesrat zurzeit nicht versammelt und zweitens ist die angegebene Summe viel zu niedrig. Um einen solchen Betrag provoziert der Kriegsminister keinen Kampf mit dem Reichstag.

Der Hausierhandel.

In der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamts des Innern ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der eine Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen bezweckt. Der Entwurf will den Wünschen Rechnung tragen, die in verschiedenen Petitionen aus Handels- und Gewerbekreisen zum Ausdruck gebracht worden sind und die dahin gehen, daß die Erteilung des Wandergewerbescheines nicht mehr, wie bisher, von der Person des Antragstellers, sondern von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden soll.

Die Versammlungsfreiheit in Preußen.

In dem ostpreußischen Wahlkreise Allenstein-Rössel, der teilweise von Polen bewohnt ist, müssen infolge des Todes eines Zentrums-Abgeordneten Ersatzwahlen zum preußischen Landtage stattfinden. Der Wahltermin ist bereits festgesetzt. Da die polnische Bevölkerung in diesem Kreise die nach dem § 12 des Reichsvereinsgesetzes erforderlichen 60 Proz. nicht ausmacht, können ungehindert öffentliche polnische Versammlungen nur während der Wahlperiode abgehalten werden. Aber auch dieses winzige Recht möchten die preußischen Behörden auf indirektem Wege den Polen rauben. Der national-polnischen Allensteiner „Gazeta Olsztynska" wird nämlich aus mehreren Dörfern des Kreises mitgeteilt, daß die Gendarmen sich erkundigen, ob dort eine polnische Versammlung abgehalten werden soll, und versuchen mit allen Mitteln die Gasthausbesitzer und die Bauernwirte zu beeinflussen, daß sie ihren Saal oder ihren Garten zu einer polnischen Versammlung nicht hergeben. Auf diesem Wege ist es denn auch wiederholt gelungen, polnische Versammlungen zu verhindern.

Wahlverschleppung.

Die preußischen Behörden haben es mit der Ansetzung von Terminen für Ersatzwahlen offenbar durchaus nicht eilig. So hat der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Müller-Sagan sein Mandat am 18. Juni niedergelegt und wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, soll die Ersatzwahl erst im November stattfinden. Wahrscheinlich soll Rücksicht darauf genommen werden, daß bis dahin alle Beamten wieder aus dem Urlaub zurückgekehrt sind.

Der selbstherrliche Amtsvorsteher.

Die knappe Versammlungsfreiheit wird in Oberschlesien durch die Amtsvorsteher noch mehr beschränkt. An den Sonntagen nach den Lohn- und Vorschußtagen werden in den meisten Orten Versammlungen unter freiem Himmel verboten, weil nach Angaben der Amtsvorsteher die öffentliche Sicherheit bedroht sei, indem die Arbeiter mehr als sonst dem Alkohol huldigen. Der Landrat des Kreises Kattowitz wies eine Beschwerde gegen den Amtsvorsteher von Neudorf als unbegründet zurück, erst die weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten hatte den Erfolg, daß das Versammlungsverbot aufgehoben wurde.

Gegen denselben Amtsvorsteher schweben noch mehrere Beschwerden und es ist nun abzuwarten, ob der Herr noch weitere Verbote erlassen wird, oder sich nunmehr den Gesetzen fügt.

Leistungen der Invaliden- und Altersversicherung.

Auf Grund von Mitteilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kassen hat das Reichsversicherungsamt die Leistungen auf dem Gebiete der Invaliden- und Altersversicherung festgestellt.

Danach betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich Juni 1910 von den 31 Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten	1 806 214
Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen	899 519
sodaß am 1. Juli 1910 liefen gegen 898 872 am 1. April 1910.	906 695
Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug	487 401
Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen	387 236
sodaß am 1. Juli 1910 liefen gegen 101 361 am 1. April 1910.	100 165
Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt	109 144
Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen	91 320
sodaß am 1. Juli 1910 liefen gegen 18 487 am 1. April 1910.	17 824
Beitragserstattungen sind bis zum 30. Juni 1910 bewilligt:	
a. an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind	2 035 430 Mk.
b. an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind	6 288 Mk.
c. an die Hinterbliebenen von Versicherten	456 250 Mk.
zusammen	2 497 968 Mk.

Bis zum 31. März 1910 waren die folgenden Zahlen zu verzeichnen:

a) 1 994 738 Mk.
b) 6 157 „
c) 446 545 „
} zusammen also 2 447 440 Mk.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage

wurde von der „Post" mitgeteilt, daß eine neue Vorlage bereits in Arbeit sei, nur sei noch ungewiß, wann sie dem Landtage zugehen werde. Hierzu schreiben jetzt die „Berl. Pol. Nachrichten", man könne mit unbedingter Sicherheit darauf rechnen, daß der Landtag noch in der laufenden Legislaturperiode abermals mit der Frage der Wahlreform befaßt werden wird. Was aber die Frage anlangt, welche der drei Tagungen dieses Gesetzgebungsabschnittes zur Erledigung der gesetzgeberischen Aufgabe gewählt werden soll, so sei dies eine Frage reiner Zweckmäßigkeit. Daß dabei auch die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage eine beträchtliche Rolle spielen werden, liege auf der Hand. Es müsse auch ohne weiteres anerkannt werden, daß die Gründe, die in der Presse für die Verschiebung der Erneuerung des Versuches zur Lösung des Wahlrechtsproblems bis nach den Reichstagswahlen angegeben werden, von erheblichem Gewicht seien. Denn für die Wahl des Zeitpunktes, zu welchem der Landtag sich wiederum mit der Wahlreform zu befassen habe, komme es doch auch darauf an, daß die Aussichten auf ein positives Ergebnis sich möglichst günstig gestalten. In dieser Beziehung aber sei es sicher von erheblichem Einfluß, wie durch das Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen sich die allgemeine politische Lage gestaltet. Man werde daher sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß zurzeit die Gründe für die Verabschiedung der Wahlreform auf eine spätere Zeit noch überwiegen.

Hilf, Regierung, hilf!

Wir gaben vor einigen Tagen eine Stelle aus dem Koblenzer Handelskammerbericht wieder, worin ein scharf absprechendes Urteil über die Steuerpfuscharbeit des Schnapsblocks gefällt war. Über diese Kennzeichnung ist nun die Presse der Pfaffen und Junker höchst erbost und die „Deutsche Tageszeitung fordert:

„Wir halten es nachgerade für nötig, daß das zuständige preußische Handelsministerium in zweckmäßiger Weise auf das Ungehörige solcher Bemerkungen in den Berichten der „unpolitischen" Handelskammern hinweist.

Wenn die ebenfalls „unpolitischen" Handelskammern die Geschäfte der konservativen Bündler besorgen, ist das natürlich etwas ganz anderes.

Die nationalliberale Parteikrisis in Sachsen.

Abg. Langhammer ist in aller Form aus der nationalliberalen Partei Sachsens ausgeschlossen worden. Der nationalliberale Landesvorstand begründet sein Vorgehen mit einer langatmigen Kundgebung, in der nur das Verhalten Langhammers in der „Tiag-Affäre" als Grund für den Ausschluß bezeichnet wird. — Wie man von anderer Seite erfährt, denkt der Abg. Langhammer gar nicht daran, sein Mandat niederzulegen, vielmehr hat er die Absicht, die unzufriedenen nationalliberalen Elemente in Sachsen zu sammeln und mit diesen eine links-nationalliberale Parteigruppe zu bilden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 29. Juli.

Achtung, Stukkateure! Über das Geschäft von Friedr. Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten.

Der Vorstand.

Achtung Maurer und Bauarbeiter! Über den Bau C. Berlies, Ecke Rotlöscherstraße (Strohkaten) ist wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Die zweijährige Dienstzeit des Militärs ist zu lang! Diese Meinung wird noch verstärkt, wenn man liest, daß auch in Lübeck den Landwirten Soldaten als Erntearbeiter angeboten werden. Früher mußten die Agrarier sich bemühen, billige militärische Arbeitskräfte zu erhalten; heute ist das nicht mehr nötig. Wer solche haben will, braucht sich nur zu melden. Wenn die Sozialdemokraten die Verkürzung der Dienstzeit verlangen, so werden sicherlich dieselben Leute sich „im Interesse der Ausbildung" dagegen wenden, welche im Sommer die Soldaten als billige Erntearbeiter beschäftigen und sie so der Ausbildung entziehen.

Behandlung der Sendungen mit Obst, Eiern und lebenden Tieren. Den Postanstalten wird nach einer neuerdings veröffentlichten Verfügung des Reichspostamts eine besonders schonende Behandlung der Sendungen mit Obst (Tafelobst, Weintrauben usw.) sowie der Eiersendungen erneut zur Pflicht gemacht. Derartige Sendungen sind beim Umladen tunlichst von Hand zu Hand weiterzugeben; in den Wagenräumen und Packkammern sind sie so zu lagern, daß sie keinem Druck ausgesetzt sind. Auch den Sendungen mit lebenden Tieren haben die Postanstalten fortgesetzt besondere Fürsorge zuzuwenden. Namentlich ist dafür Sorge zu tragen, daß die Sendungen mit lebenden Tieren, für die die Absender die Eilbestellung nicht vorgeschrieben haben, den Empfängern sobald wie möglich ausgehändigt werden. — Hoffentlich sorgt das Reichspostamt auch dafür, daß die lobenswerten Fürsorgemaßregeln auch befolgt werden können.

Wegen Betruges hatten sich gestern vor der hiesigen Strafkammer der Inhaber der Lübecker Niederlage der „Milka"-Margarine, sowie der Verkäufer S. wegen Anstiftung zum Betruge und wegen Betrug zu verantworten. In dem Geschäft wurden den Kunden sehr verschiedene Sorten Margarine, die natürlich auch verschieden kosteten, offeriert, während in Wirklichkeit nur zwei Sorten vorhanden waren. Diese zwei Sorten wurden auf vier Fässer verteilt und die Leute, welche Margarine verlangten, erhielten dieselbe Ware zu verschiedenen Preisen. Vor Gericht belastete der Verkäufer seinen früheren Chef und dieser wieder den ersteren, dessen Angaben sämtlich falsch seien. Schließlich wurde die Verhandlung vertagt, um diejenigen Zeugen zu vernehmen, die auf Veranlassung des Detaillistenvereins den Schwindel feststellten.

Die Vorderseite der Postkarte. Eine beachtenswerte Entscheidung der Oberpostdirektion Hannover ist dieser Tage dem Gerichtsbeamten T. auf eine Beschwerde zugegangen. Verschiedene Postämter hatten nun die Gepflogenheit, Postkarten, namentlich Ansichtskarten, dann als Briefe zu behandeln, wenn die rechte Hälfte der Vorderseite außer der Adresse noch etwas Geschriebenes aufwies. Hunderte von Postkartenempfängern haben aus diesem Grunde 15 Pfg. Strafporto bezahlen müssen. Auf Grund einer Zeitungsnotiz, die besagte, daß die Post zu einer solchen Strafportoerhebung nicht berechtigt sei, hatte T. gegen die Erhebung des Strafportos Beschwerde bei der Oberpostdirektion Hannover eingelegt und Rückgabe des Strafportos verlangt. Seinem Ersuchen ist stattgegeben worden. Die Oberpostdirektion teilte mit, daß Postkarten mit Absendervermerk auf der rechten Hälfte der Vorderseite seitens der Post nicht zu beanstanden seien, und daß dem T. anheimgegeben würde, gegen Vorzeigung der Postkarte das zu Unrecht erhobene Strafporto beim Postamt I wieder in Empfang zu nehmen.

Sterblichkeitsstatistik. In der Woche vom 10. bis 16. Juli sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Altona 15,8, Berlin 13,3, Bremen 14,6, Charlottenburg 10,5, Köln 14,3, Erfurt 12,3, Frankfurt a. M. 11,2, Hamburg 13,3, Hannover 7,7, Kiel 11,1, Königsberg i. Pr. 20,9, Lübeck 13,5, München 16,2, Stettin 20,8, Wiesbaden 10,9.

Ein Sittlichkeitsverbrecher hatte sich gestern in der Person des 59jährigen Arbeiters Stave vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte soll sich an seinem eigenen Enkelkind vergangen haben. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, endete mit der Verurteilung des St. zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Aufgehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Leo Leibholz, alleinigen Inhabers der Firma Leo Leibholz u. Co. zu Lübeck, ist, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, nunmehr aufgehoben worden.

Ihr 25. Stiftungsfest feiert am Sonntag die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes Deutscher Schuhmacher im renovierten Saale des Gewerkschaftshauses. Genosse Kummerow-Hamburg wird die Festrede halten. Außerdem haben eine Anzahl Zahlstellen der Umgegend ihre Beteiligung angemeldet. Alle Kollegen und Freunde unseres Verbandes sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Anfang

ist auf 5 Uhr festgesetzt. Von 1½—5 Uhr wird ein gemeinschaftlicher Spaziergang durch das Gehölz nach dem „Volksgarten" stattfinden.

Wieder freigegeben ist der Dampfer „Ariadne", der bekanntlich unter Quarantäne lag.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Sonnabend ist als volkstümliche Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., die letzte Wiederholung von „Der Herr Senator". Am Sonntag gelangt zum ersten Male die Operette „Gasparone" von Millöcker zur Aufführung. Den Erminio singt Willi Bonn. Im Hansatheater gelangt das beliebte Lustspiel „Die goldene Eva" zur Aufführung. Ein seltener künstlerischer Genuß steht dem Publikum für die nächste Woche bevor, am Montag und Dienstag wird die berühmte Tanzkünstlerin Mary DeLa, eine preisgekrönte Schönheit, in ihren Tanzpoesien hier gastieren. Am ersten Abend wird dazu Max Dreyers „Des Pfarrers Tochter von Strelasdorf" aufgeführt und am Dienstag Schnitzlers „Liebelei". Für diese Vorstellungen müssen der bedeutenden Kosten wegen die Preise erhöht werden. Der Vorverkauf bei F. Nagel und an der Stadthallenkassen hat bereits begonnen.

Malente. An russische Verhältnisse erinnert ein Vorfall, der sich hier am Mittwoch aus Anlaß der Neuwahl eines Gemeindevorstehers abgespielt hat. Da die Amtsdauer des bisherigen Gemeindevorstehers Kreutzfeldt in diesem Jahre abgelaufen ist, hatte sich der Gemeinderat in seiner letzten ordentlichen Sitzung mit der Neuwahl zu beschäftigen. Er beschloß die Einsetzung einer Kommission, die sämtliche Angebote prüfen solle. Der Gemeindevorsteher Kreutzfeldt bekümmerte sich jedoch nicht um diesen Beschluß, sondern berief zum Mittwoch eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zwecks Wahl des neuen Gemeindevorstehers ein und zog auch entsprechend der Vorschrift der Gemeindeordnung die sechs Ersatzmänner hinzu. Der erste Beigeordnete, Hufner Bentfeldt, verlas als Leiter der Sitzung zunächst die 7 Bewerbungsschreiben, von denen 3 aus Eutin, 1 aus Pansdorf, 1 aus Ahrensböl und 2 aus Malente eingegangen waren. Er vertrat hierbei den sonderbaren Standpunkt, daß nur die beiden Bewerber aus Malente zugelassen werden dürften. In Wirklichkeit mußten sämtliche Bewerber zur Wahl gestellt werden, da die Erwerbung der Gemeindebürgerschaft im Falle der Wahl eines Auswärtigen sofort durch Beschluß des Gemeinderates vollzogen werden kann. Mit Recht opponierte die Mehrheit der versammelten Gemeinderatsmitglieder gegen dieses eigenartige Verfahren und verlangte Prüfung der Angebote durch eine Kommission. Der Vorsitzende beharrte jedoch darauf, daß die Wahl sofort vorgenommen werden solle und ließ einen Antrag auf Vertagung der Wahl überhaupt nicht zur Abstimmung kommen. Hierauf verließen 13 Gemeinderatsmitglieder, unter ihnen selbstverständlich auch unsere Genossen, die Sitzung. Das Rumpfparlament, bestehend aus dem ersten Beigeordneten Bendfeldt, dem Mitglied Wisser und den Ersatzmännern Jebens und Kasch (Timmendorf) vollzog nun die Wahl, nachdem der Ersatzmann Koch erklärt hatte, daß er sich nicht an der Wahl beteiligen werde. Hierauf wurde von den beiden Bewerbern Kreutzfeldt und Hofpächter Otzen ersterer mit sämtlichen 4 Stimmen auf 8 Jahre zum Gemeindevorsteher erwählt. Es ist anzunehmen, daß die Regierung diese völlig ungesetzlich zustande gekommene Wahl nicht bestätigt, da nach der Gemeindeordnung absolute Stimmenmehrheit erforderlich ist. Trotzdem raten wir an, sofort Protest gegen dieses Wahlverfahren einzulegen. Es muß sich dann zeigen, ob die Regierung in Eutin dieses willkürliche Vorgehen billigt oder nicht.

Segeberg. 2700 Mark unterschlagen. Der am 7. Juli 1888 in Lauenburg a. E. geborene Müllerknecht Christian Tiede unterschlug seinem Dienstherrn, dem Mühlenbesitzer Bührring in Blunk, 2700 Mk. und fuhr von Segeberg mit der Bahn in der Richtung nach Neumünster davon.

Hamburg. Über die Entwicklung des Seeverkehrs in Hamburg in den zehn Jahren 1900 bis 1909 veröffentlicht der Verein Hamburger Reeder eine anschauliche zeichnerische Darstellung. Die eingelaufene Tonnage betrug 1900 8 Millionen Tonnen (zu 1000 kg), bewegte sich bis zum Jahre 1907 in stets scharf ansteigender Richtung auf 12 Millionen Tonnen, sank dann im Jahre 1907 bis 1908 um eine Kleinigkeit, um im folgenden Jahre die Kurve mit einer Steigerung von mehr als ¼ Millionen Tonnen fortzusetzen. An Waren wurden eingeführt: 1900/01 9,75 Mill. Tonnen. Eine besondere scharfe Steigerung trat von 1904 bis Ende 1907; sie betrug Anfang 1904 über 10,5 Mill. Tonnen, Ende 1905 12 Mill. Tonnen, Ende 1907 beinahe 14,75 Mill. Tonnen. Das Jahr 1907/08 brachte eine Senkung auf 14,40, während die Einfuhr im nächstfolgenden Jahr auf 15 Mill. Tonnen stieg. Wesentlich geringfügiger, doch ebenfalls fast stets steigend, gestaltete sich der Warenausfuhr-Verkehr. Er stellte sich 1900 auf 4,5 Mill. Tonnen, steigt bis Ende 1906 auf etwa 6,15 Millionen Tonnen, sinkt dann bis Ende 1908 langsam auf 6 Millionen Tonnen und beträgt Ende 1909 6,25 Mill. Tonnen. Sehr interessant ist die Kurve des Handelsschiffbaues in demselben Zeitraum nach der Bruttotonnage. Vom Stapel liefen in England 1900/01 1 500 200 t, bis zum Jahre 1903/04 trat eine scharfe Senkung ein auf 1 200 000 t, dann eine sehr starke Steigerung auf 1 800 500 t im Jahre 1906 und nunmehr wieder ein Absturz auf 950 050 t im Jahre 1908, während im Jahre 1909 wieder ein kleiner Anstieg einsetzt. Die im letzten Jahre vom Stapel gelaufene Rohtonnage hat also noch bei weitem nicht die des Anfangsjahres erreicht. Ganz parallel verläuft die Kurve der Tonnage in den anderen Ländern; sie ist allerdings wesentlich geringer als die englische. Im Jahre 1900 liefen vom Stapel 850 000 t, die Höchststeigerung im Jahre 1907 betrug 1 600 000 t, wohingegen das Jahr 1909 nur noch 600 000 t aufweist. Im Mai—Juni 1910 waren in England wieder 1 100 000 t im Bau, in anderen Ländern 360 000 t. Die Monatskurve für England steigt, die für andere Länder verläuft mit schwacher Senkung.

Hamburg. Zwei Militärgerichtsurteile. In der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 18. Division hatte sich der Unteroffizier Baumgarten von der 8. Kompagnie des 31. Infanterie-Regiments wegen Anmaßung einer Befehlsgewalt zu verantworten. Weil zwei Soldaten das Gewehr eines dritten, im Lager befindlichen Musketiers nicht vorschriftsmäßig gereinigt haben sollen, befahl er den beiden, solange Stubendienst zu verrichten, bis er sie davon entbinden würde. Als der eine Soldat bereits vier Wochen „Stubendienst" versehen hatte, beschwerte er sich, worauf die „Strafe" aufgehoben wurde. Da der Stubendienst durch Kompagniebefehl geregelt worden ist, wurde der Unteroffizier vor das Kriegsgericht gestellt. Unter Hinweis auf die gute Führung des Angeklagten beantragte der Anklänger nur fünf Tage Mittelarrest. Das Gericht sieht den Fall noch milder an und erkannte auf drei Tage Mittelarrest. — Im Gegensatz zu dieser Milde steht das Urteil desselben Kriegsgerichts gegen den Musketier B. von der 12. Kompagnie des genannten Truppenteils. Daß die demselben Jahrgang angehörenden Gefreiten, wenn sie Unteroffiziersdienst versehen, nicht für ganz „voll" gehalten werden, ist allgemein bekannt. Diese Vorgesetzten, namentlich wenn sie Kapitulanten sind und sich als solche auf die zukünftige Charge des Unteroffiziers „trainieren", treten vielfach ganz besonders schneidig auf, was den Spott der anderen alten Soldaten hervorruft. B. wird zur Last gelegt, den Gefreiten F. nicht geziemend als Vorgesetzten angesehen und über dessen Auftreten eine Bemerkung gemacht zu haben. Der Vertreter der Anklage führte aus, daß die Kapitulantengefreiten einen ganz besonders schweren Stand hätten, und beantragte nicht weniger als 2 Monate Gefängnis. Urteil: Sechs Wochen und einen Tag Gefängnis! — Ümmer bäder bi!" Unter den Raritäten, die gestern vormittag auf dem Hopfenmarkt von der Marktpolizei versteigert wurden, befand sich auch ein Papagei. Der Auktionator setzte das Tier mit 10 Mk. ein, es erfolgte aber nicht sofort ein höheres Gebot, was offenbar den Unwillen des Papageis erregte. Denn zur allgemeinen Überraschung schrie er: „Ümmer bäder bi!" Zunächst herrschte allgemeine Heiterkeit, dann aber überbot der eine den andern. Jeder wollte den lustigen Vogel erwerben, der immer wieder rief: „Ümmer bäder bi, man ümmer bäder bi." Er hatte den Kauflustigen so die Überlegung geraubt, daß der Meistbietende, dem der Zuschlag endlich erteilt wurde, die Entdeckung machen mußte, daß er mehr geboten hatte, als ihm sein Portemonnaie erlaubte.

Altona. Ein bedauernswerter Unglücksfall ereignete sich zwischen 4 und 5 Uhr in der Bahnhofstraße. Als der Kutscher H., der für eine hiesige Färberei Benzin vom Güterbahnhof geholt hatte, mit seinem Fuhrwerk die Bahnhofstraße passierte, kam aus der Löwenstraße eine Frau im Alter von 30 bis 40 Jahren und lief achtlos dem Fuhrwerk in den Weg. Der Wagen ging über die Unglückliche hinweg und brachte ihr schwere äußerliche und innere Verletzungen bei. Trotzdem der Kutscher die Verunglückte sofort nach dem Krankenhause fuhr, war es nicht mehr möglich, ihr ärztlichen Beistand zu leisten; schon zehn Minuten nach ihrer Einführung gaben sie ihren Geist auf. Name und Wohnung der Verstorbenen haben sich bisher noch nicht feststellen lassen.

Tondern. Die Allmacht des Landrats. In Tondern, einer Kreisstadt an der Nordsee im nördlichen Schleswig-Holstein, hat der seit 20 Jahren im Dienst befindliche Bürgermeister sein Amt niedergelegt. Grund dazu ist das Verhalten des dortigen Landrates. Die Stadt Tondern will ein Elektrizitätswerk bauen. Die Zeichnungen und Baupläne waren vom sachkundigen Kreisbaumeister genehmigt. Plötzlich kommt der Landrat, ein verhältnismäßig noch junger Mann und verlangt, daß ein seinem persönlichen Geschmack entsprechendes Dach auf das Gebäude soll, das aber der Stadt 5—6000 Mk. mehr kostete. Trotz aller Entgegnungen blieb der Landrat bei seinem Verlangen. Die Folge war, daß, weil der Bürgermeister eine solche Mehrausgabe nicht verantworten konnte, dieser sein Amt quittierte. Die Aufregung in Tondern ist groß, weil man den Bürgermeister von deutscher, wie von dänischer Seite für einen tüchtigen und objektiven Beamten hält. Der Streit um das Dach soll eigentlich nur den Becher zum Überlaufen gebracht haben. Schon seit langer Zeit hat sich der Bürgermeister als Polizeiverwalter von Tondern unter der Fuchtel des Landrats recht unbehaglich gefühlt. Auch die Bürgermeister der kleinen und mittleren Städte Schleswig-Holsteins hatten sich im April d. Js. in einer geheimen Konferenz gegen die landrätlichen Eingriffe zur Wehr gesetzt. Ihre Wünsche haben sie jetzt dem Minister des Innern in einer Eingabe unterbreitet. Sie wenden sich in der Hauptsache dagegen, daß die Landräte die Befugnisse der Regierungspräsidenten übertragen erhalten, da jene in der Regel an umfassender Erfahrung von den Regierungspräsidenten übertroffen würden und außerdem kaum imstande wären, die Kommunalaufsicht gleich objektiv und einheitlich durchzuführen. Es liege bei einer Übertragung der Staatsaufsicht über die kleineren Städte auf den Landrat auch die Gefahr nahe, daß dann für die Genehmigung von Beschlüssen der Städte der Kreisausschuß an Stelle des Bezirksausschusses treten werde. Das sei aber sehr bedenklich, da jetzt schon die nicht kreisfreien Städte überwiegend unter ihrer Zugehörigkeit zum Kreiskommunalverbande zu leiden hätten. Ihre Verhältnisse weichen in so vielen Beziehungen von denen des platten Landes ab, ihre Vertreter seien in den Selbstverwaltungskörperschaften in der Minderheit, und der Landrat sei nach der ganzen Natur seiner Stellung nur zu leicht in erster Linie der Vertreter des platten Landes, wenn städtische und ländliche Interessen sich widersprächen.

Grevesmühlen. Vorsicht beim Genuß von Stachelbeeren. Der beim Erbpächter Borchert zu Upahl bei Grevesmühlen beschäftigte Dienstjunge Fritz Stück aus Parin wurde Mittwoch morgen im Bett tot aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß der Tod durch Überfüllung des Magens eingetreten sei. Stück soll am Abend vorher Stachelbeeren gegessen und darauf Wasser getrunken haben.

Neubrandenburg. Landarbeiter-Streiks. In dieser Zeit der Reife und der beginnenden Ernte dämmert auch den ausländischen Saisonarbeitern, den sogenannten Schnittern, die den mecklenburgischen Agrariern ihre Latifundien bestellen, ein Begriff von der Wichtigkeit ihrer Arbeit. Der beschränkten Aktionsfähigkeit dieser Armen entsprechend, macht sich diese Erkenntnis alljährlich in wilden Streiks Luft, die entweder durch Zugeständnisse des „Herrn" oder durch Gewaltmaßregeln unterdrückt werden. In den letzten Tagen pufften solche Bewegungen in der hiesigen Gegend auf. Auf dem Gute Worlin legten wegen Lohndifferenzen 16 Schnitter die Arbeit nieder. Auch auf dem Gute Sponholz streikten eine Anzahl Schnitter tagelang. Die bürgerliche Presse berichtet über den Verlauf der beiden Fälle: „Es gelang der Gendarmerie, die Widerspenstigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen." — Bis jetzt! Anderseits sind diese spontanen Streiks Vorzeichen, die einen Zustand erhoffen lassen, unter dem diese „Widerspenstigen" kein mecklenburgischer Gendarm mehr zähmen wird!

Bremen. Die Verhandlungen im Baugewerbe fanden am 26. Juli für Achim, Aurich, Brake, Brinkum, Delmenhorst, Emden, Jever, Nordenham, Varel, Vegesack und Westerstede ihren Abschluß. Zur Entscheidung der Differenzen war unter beiderseitigem Einverständnis in Bremen ein Schiedsgericht für den Gau bezw. den Bezirk Bremen zusammengetreten. Wegen Verhinderung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Steengrafe hatten dessen Stellvertreter, Herr Richter Töwe, die Leitung übernommen. In Anbetracht der schwierigen Materie muß man sagen, daß es ihm gelang, der ihm gestellten Aufgabe in vorzüglicher Weise gerecht zu werden. Über die Orte Oldenburg und Wilhelmshaven ist eine Entscheidung nicht gefallen, sondern es wurden diesen zunächst örtliche Verhandlungen aufgegeben.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Mittwoch, den 27. Juli.

Andreas, Kapt. Vertelsen, von Heiligenhafen, 1 T.
T. Mannheim, Kapt. Meyer, von Petersburg, 4 T.
Alma, Kapt. Muik, von Reval, 14 T.
D. Primula, Kapt. Nyberg, von Warnemünde, 4 S.

Donnerstag, den 28. Juli.

D. Najaden, Kapt. Stenfelt, von Kopenhagen, 13 S.
Antonia Regina, Kapt. Schmidt, von Neustadt, 3 S.
Felma, Kapt. Westerberg, von Kjöge, 14 T.
Andreas, Kapt. Gadeberg, von Stewens, 5 T.
D. Venetia, Kapt. Radvan, von Rad, 1 T.
D. Nissan, Kapt. Wennerström, von Gothenburg, 27 S.
Eben Ezar, Kapt. Rasmussen, von Burg a. F., 1 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, den 27. Juli.

D. Malmö, Kapt. Follin, nach Kopenhagen.
D. Rußland, Kapt. Hünemörder, nach Petersburg.
Agnes, Kapt. Bengtson, nach Trangsund.

Donnerstag, den 28. Juli.

D. Hornsee, Kapt. Euler, nach Lulea.
Minna, Kapt. Borgwardt, nach Ostwine.
Anna Christina, Kapt. Hagelstein, nach Neustadt.
D. Fehmarn, Kapt. Schacht, nach Fehmarn.
D. Luise, Kapt. Niedermeier, nach Memel.
Karensine, Kapt. Christensen, nach Norrköping.
D. Helfried Bismarck, Kapt. Grabow, nach Antwerpen.

Schiffsbewegungen.

D. Vorthan ist Mittwoch nachmittag aus Hangö auf hier abgegangen.

D. Svithiod ist gestern morgen 7 Uhr aus Kalmar auf hier abgegangen.

D. Copernikus ist Mittwoch abend aus Königsberg auf hier abgegangen.

D. Köln ist gestern vormittag von Reval in Kronstadt angekommen.

D. Ostsee ist Mittwoch nachmittag von Furillen nach Herrenwyk abgegangen.

D. Wiborg ist gestern morgen von Wismar nach Trangsund abgegangen.

D. Lavinia ist gestern nachmittag von Kronstadt auf hier abgegangen.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 28. Juli.

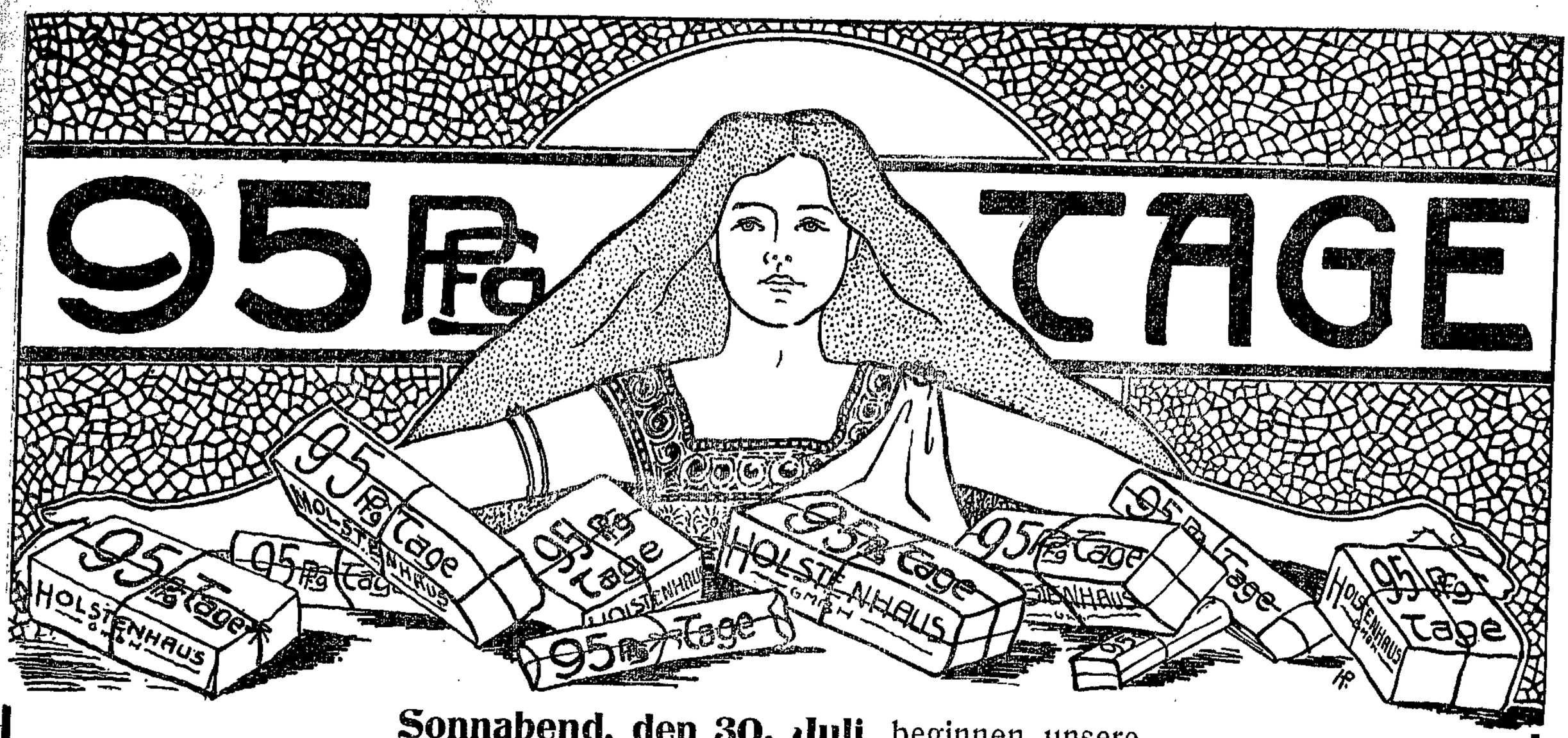
Auftrieb 4100 Schweine. Markt rege. Überstand 26 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 64,— (—,— bis 51,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 64,— (50,50 bis 51,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,50 bis 67,00 (52,00 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 65,00 (45,50 bis 49,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 61,00 (48,00 bis 49,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54,00 bis 59,00 (42,00 bis 46,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellfng. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Juli
30
Sonnabend

Beginn meines
Saison-Ausverkaufs.
Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestraße 7.



Sonnabend, den 30. Juli, beginnen unsere

95-Pfg.-Tage

die **bedeutendsten des Jahres,** dieselben bieten diesmal in jeder Beziehung Aussergewöhnliches.

Beachtung der Schaufenster-Auslagen in der Gesamtfront des Geschäftshauses.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. — **Lübeck** — **Holstenstr.**

Großer

Saison-Ausverkauf

Leinen, Wäsche, Betten, Gardinen, Bettstellen, Matratzen, Schürzen, Unterröcke, Tisch- und :: Küchenwäsche. ::

Günstigste Gelegenheit für ganze Braut-Ausstattungen.

Gebrüder Hefti
Lübeck,
Untertrave 111/112.

Rote Lubeca-Marken.

Großer Sommer-Ausverkauf

zu enorm billigen Preisen, teils für die Hälfte des Wertes.

Großer Posten **Markttaschen,** statt 125 und 85 Pfg. jetzt **88** und **58** Pfg.
Küchen-Handtuchhalter 33 Pfg.
Waschruffel, statt 75 Pfg. jetzt **58** Pfg.
Satz kl. Tonnen-Etagére 1.60 Mk.
Posten **Blumen-Kübel** zum Aussuchen **98** Pfg.
Waschgarnitur, crême, statt 3.75 jetzt **2.95** Mk.

Großer Posten **Gemüseschüssel,** Porzellan, statt 45, 75 und 100 Pfg. jetzt **33, 58** u. **68** Pfg.
Obertassen, Porzellan, stark, **10** Pfg.
Großer Posten **Glasschüssel,** statt 35, 45 u. 55 Pfg. jetzt **23, 33, 38** Pfg.
Eßteller, flache und tiefe, **8** Pfg. an.
Dekorierte **Kaffeebecher,** jetzt **10** Pfg.

Riesen-Bazar

Pietro Cagna.

Ausverkauf

sämtlicher

Schuhwaren

wegen

Aufgabe des Geschäfts mit 10% Rabatt.

Zurückgesetzte Schuhwaren **weit unter Preis.**

Drenske, Breitestrasse 21.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Reparatur. billig u. gut
Federneinsetzen 1.50 M.
Reinigen . . . 1.50 „
Glas . . . . . 0.30 „
G. Reese, Uhrmacher
Hüxstraße 22—24.

Auf **Kredit**

Anzüge

Für 18 M. Anzahlung 4 M.
Für 24 M. Anzahlung 5 M.
Für 30 M. Anzahlung 8 M.
Für 40 M. Anzahlung 10 M.

Damen-Konfektion
Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Tischdeck., Betten.

Möbel

im Preise v. 65 M. Anz. 5 M.
im Preise v. 98 M. Anz. 10 M.
im Preise v. 128 M. Anz. 12 M.
im Preise v. 200 M. Anz. 20 M.

Einzelne Möbel
Kinderwagen etc. von **3** Mk. Anzahlung an.

H. Kesten

17 Holstenstrasse 17, I. Etage
Eingang von der Seite.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 175. Freitag, den 29. Juli 1910. 17. Jahrg.

An die Parteigenossen des Agitationsbezirkes Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Der diesjährige Provinzialparteitag findet laut Beschluß des Wandsbeker Parteitages in Ottensen statt. Die Agitations-Kommission beschloß demgemäß nach § 3 des Organisationsstatuts, den

Provinzialparteitag

am Sonntag, dem 2. und Montag, dem 3. Oktober

im Lokale „Ottensener Park" in Ottensen, Holländische Reihe 48, stattfinden zu lassen. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am erstgenannten Tage, vormittags 11½ Uhr. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages; Festsetzung der Tagesordnung und Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Bericht der Agitations-Kommission.
3. Etatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
5. Kommissionsbericht betr. Verbesserung der Kolportagen und der Berichterstattung.
6. Bericht vom internationalen Kongreß in Kopenhagen.
7. Wahlrechtsfrage und Reichstagswahl.
8. Anträge und Resolutionen.
9. Bestimmung des Sitzes und Wahl des Vorsitzenden der Agitations-Kommission.
10. Bestimmung des Ortes für den nächsten Provinzial-Parteitag.

Anträge, die in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen, sind bis zum 10. September hierher einzusenden.

Die Wahlen der Delegierten regeln sich nach § 5 unseres Organisationsstatuts.

Die Delegierten werden ersucht, der Agitationskommission in Altona, Adolfstr. 29, sowie dem Lokalkomitee, dessen Adresse lautet:

Heinr. Kürbis, Altona-Ottensen, Hohenesch 3, pt.

von ihrer Wahl rechtzeitig Mitteilung zu machen. Die Mandatsformulare werden nach erfolgter Meldung den Delegierten von hier zugestellt.

Altona, den 28. Juli 1910.

Die Agitationskommission.

Vom Seemannsberuf.

Der Geschäftsbericht der Seeberufsgenossenschaft erwähnt die Einweihung ihres eigenen Verwaltungsgebäudes, „See-Haus" benannt, zu welcher Feier auch der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann persönlich erschienen sei und eine schöne Rede gehalten habe. Die Rede bringt der Bericht im Wortlaut: „Verehrte Mitarbeiter" von der Seeberufsgenossenschaft, war die Einleitung, daß es interessant sei, daß „zu den alten Kirchen und Rathäusern, zu den Schlössern der Landesherren (die vom Volke bezahlt werden. D. B.) diese Bauten als Wahrzeichen einer neuen Zeit treten". Es brauche nicht mehr „der Esel trübselig den Dudelsack zu blasen", denn es sei eine Lust zu leben, die wirtschaftliche Lage der deutschen Seeleute habe sich gehoben und dann die Segnungen der deutschen Arbeiterversicherung in einem Lande, welches auf den „sittlichen Fundamenten christlichen Volkslebens" stehe usw. Daß aber gar keine Arbeiter bei dieser an sich selbstverständlichen Feier vertreten waren, fiel dem redseligen — überlasteten Präsidenten gar nicht weiter auf. . . . Die Unternehmer waren natürlich von dieser Rede entzückt und werden sie im Bericht nochmals nachlesen.

Die Zahl der Schiffahrtsbetriebe ist wohl gegen das Jahr 1908 etwas gestiegen, ist aber immer noch um 300 gegen das Jahr 1888 zurückgegangen. Versichert waren im Jahre 1888 noch 1818 Betriebe, am 1. Januar 1910 nur 1515 Betriebe. Registriert waren im Berichtsjahre:

	Kauffahrteischiffe		Fischdampfer u. Heringslogger	zus.
Hölzerne Segler	922	(darunter 49 Leichter)	92	1014
Eiserne Segler	487	(„ 98 „)	95	582
Segler mit Hilfsmaschine	23	(„ 1 „)	68	91
Dampfer	1626	(„ 94 Schlepp.)	221	1847
	3058	(241)	476	3534

Als verschollen und verloren erklärt mußten im Berichtsjahre 52 Kauffahrteischiffe und zwar 21 hölzerne Segler, 9 eiserne Segler, 5 Segler mit Hilfsmaschine und 17 Dampfer werden, ferner elf Heringslogger und Fischdampfer. Viele brave Seeleute mußten hierbei ihr Leben lassen. Nach dem Auslande wurden 63 Schiffe verkauft usw. Ganz gewaltig sind die Veränderungen, welche seit Bestehen der Berufsgenossenschaft, also in den letzten 25 Jahren in der deutschen Schiffahrt eingetreten sind. Der Bericht erwähnt, daß eingetragen waren:

Kauffahrteischiffe

	Hölzerne Segler	Eiserne Segler	Segler mit Hilfsmaschine	Dampfer	zusammen Schiffe
1. Januar 1888	2332	174	—	683	3189
1. „ 1900	1139	896	—	1107	2642
1. „ 1905	1015	460	—	1405	2880
1. „ 1910	922	487	23	1626	3058

Heringslogger

	Hölzerne	Eiserne	mit Hilfsmaschine	Fischdampfer	zusammen Schiffe
1. Januar 1888	—	—	—	—	—
1. „ 1900	70	28	—	127	225
1. „ 1905	92	44	—	172	308
1. „ 1910	92	95	68	221	476

Die Kauffahrteiflotte hat somit seit 1888 an hölzernen Seglern um 1410 oder 60,46 Proz. abgenommen, während die Zunahme der eisernen Segler seit 1888 313 oder 179,88 Proz. beträgt. Auch hat die Zunahme der Dampfer im Rechnungsjahre noch weiter angehalten, sie beträgt 943 oder 138,07 Proz.

Brutto-Raumgehalt in Kubikmetern aller zur Seeberufsgenossenschaft gehörenden Fahrzeuge.

Hölzerne Segler

Bestand am 1. Januar 1888	1910	Abnahme in Kubikmetern	Abnahme in Prozenten
zus. 1 692 262	169 578	1 522 684	90

Eiserne Segler

Bestand am 1. Januar 1888	1910	Zunahme in Kubikmetern	Zunahme in Prozenten
zus. 451 662	1 098 180	646 518	143

Dampfer

Bestand am 1. Januar 1888	1910	Zunahme in Kubikmetern	Zunahme in Prozenten
zus. 1 884 097	10 844 780	8 960 683	476

Der Bruttoraumgehalt hat also seit dem Jahre 1888 bei den hölzernen Seglern um 90 Proz. abgenommen (im Vorjahre 90 Proz.)
bei den eisernen Seglern um 143 Proz. zugenommen (im Vorjahre 154 Proz.)
bei den Dampfern um 476 Proz. zugenommen (im Vorjahre 466 Proz.)
Durchschnittliche Zunahme für alle Schiffe: 201 Proz. (gegen 198 Proz. im Vorjahre).

Die Zahl der deutschen Seeleute hat sich seit dem Jahre 1890 verdoppelt. Der Bericht zählte versicherte Seeleute

im Jahre	1890	37 580
„ „	1900	47 073
„ „	1905	59 295
„ „	1905	67 682

Gegen das Jahr 1908 hat sich die Zahl der Versicherten nur um 928 erhöht. Stärkere Zunahmen hatten dagegen die Jahre 1900 mit 5119, 1905 mit 3571 usw. Seit dem Jahre 1907 ist ein gewisser Stillstand eingetreten, — die Krise. . . . . Zwangsweise versichert sind heute 835 Reeder, welche zur Besatzung ihrer Fahrzeuge gehören, also Kleingewerbende sind.

Die stärksten Sektionen sind Hamburg mit 33 909, und Bremen mit 24 805 Versicherten. Die übrigen vier Sektionen der Berufsgenossenschaft haben alle unter 3800 Versicherte. Der Jahresverdienst aller Versicherten ist von 80 Millionen Mark auf 83 Millionen Mark gestiegen. Berechnet man hiernach den Durchschnittslohn der Versicherten, so ergibt sich folgendes Bild: Derselbe betrug im Jahre 1908 1112 Mk., im Jahre 1909 1150 Mk., und zwar in

Sektion	I. Papenburg . . .	1119 Mk.
„	II. Bremen	1162 „
„	III. Hamburg	1156 „
„	IV. Kiel	1162 „
„	V. Stettin	1160 „
„	VI. Danzig	1130 „

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 3103 Unfälle, gegen 3377 im Jahre 1908. Davon waren 260 Todesfälle und 2843 Verletzungen.

Seit dem Jahre 1888 wurden gemeldet: 56 520 Unfälle, davon 9144 Todesfälle. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Unfälle und auch der Todesfälle erheblich zurückgegangen. Der Bericht bemerkt hierzu: „die vorstehenden Ziffern lassen die erfreuliche Tatsache erkennen, daß, obgleich die Mannschaften weiter zugenommen haben, sowohl die Todesfälle als auch die Verletzungen wiederum eine Abnahme aufweisen".

Diese Abnahme, insbesondere auch der Todesfälle, wäre eine noch bedeutendere gewesen, wenn nicht die außerordentlich schweren Stürme, die im November und Dezember des Berichtsjahres gewütet haben, besonders große Opfer an Menschenleben gefordert hätten. Nach unseren Feststellungen sind während dieser kritischen Tage der Gewalt der Elemente, denen gegenüber sich jede Unfallverhütung als machtlos erweist, nicht weniger als 123

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

52. Fortsetzung.

30.

Im Amsterdam-Hotel logierte der von Deutschland herübergekommene Missionsprediger Salomon Holderbreit und hatte jetzt glücklich sein ganzes Gepäck nicht allein an Land, sondern auch — eine viel schwierigere Sache — durch das Zollhaus bekommen. Vergebens waren nämlich all' seine Versicherungen gewesen, daß er, was er an Waren bei sich führe, nur zu Geschenken für die heidnischen Eingeborenen mitgebracht habe, deren Erziehung und Bekehrung er sich widmen wolle. Die Steuerbeamten behandelten ihn nach dieser Erklärung eher noch rücksichtsloser und starrer, und Bitten wie Drohungen, es dem Gouvernement anzuzeigen, nutzten gar nichts. Stück für Stück, was seine Kisten enthielten, mußte er nach dem Tarifsatz versteuern, und wurde noch außerdem bald aus dem einen in das andere Bureau gehetzt, hier ein Papier ausstellen, dort ein anderes unterzeichnen zu lassen, daß er zuletzt fast in Verzweiflung das ganze batavische Steuer- und Regierungswesen verwünschte, und schon beinahe bereute, nur je einen Fuß auf javanischen Boden gesetzt zu haben — der Heiden wegen. Aber dies unangenehme Gefühl überdauerte seine Ursachen nur kurze Zeit, denn zu viel des Neuen und Interessanten umgab den neuen Missionsgeistlichen hier, um ihn lange auf die hohen Steuerkosten denken zu lassen, die ja doch die Missionsgesellschaft in B. bezahlte.

Am liebsten hätte er nun freilich gleich eine Unterhaltung mit den malayischen Dienern im Haus angefangen. Zu seinem Erstaunen hörte er nämlich, daß sie sich alle, obgleich im Dienst von Christen, noch zur mohammedanischen Religion bekannten; aber er traf hier auf ein Hindernis, auf das er vorher nicht gerechnet. Er hatte allerdings gewußt, daß im Innern des Landes die malayische Sprache die Verkehrssprache sei, aber nie gedacht, daß selbst in Batavia die Holländer mit ihren eingeborenen Dienstleuten nur Malayisch sprächen, diese also auch keine andere Sprache verständen und nicht einmal der ihrer Herren mächtig wären, auf die er sich vollkommen gut vorbereitet. Anstatt also mit seinen Bekehrungsarbeiten gleich beginnen zu können, blieb ihm nichts anderes übrig, als vor allen Dingen erst Malayisch zu lernen, denn wie hätte er sonst hoffen dürfen, auch nur den geringsten Einfluß auf die zu Bekehrenden auszuüben? Was für eine Zeit verging aber darüber, wie teuer war der Aufenthalt im Hotel, und wie genau mußte die fremde Sprache studiert werden, um sie so zu erlernen, daß man sich nicht allein verständlich machen konnte, sondern auch imstande war, die Malayen von den Irrtümern ihrer bisherigen Glaubenslehren — die Herr Salomon Holderbreit übrigens gar nicht kannte — zu überzeugen. Aber was half's. Unser Missionsgeistlicher gehörte nicht zu den Menschen, die sich viele Sorge um die Zukunft machen. Gerade nicht mit übermäßigen Geisteskräften, aber mit ziemlich praktischem Verstand ausgestattet, hatte er schon in den ersten zwei Tagen gefunden, daß sich das Leben hier viel angenehmer herausstelle, als ihn die bisher gelesenen Berichte der übrigen Missionsprediger, die ebenfalls „zwischen den Heiden lebten", vermuten ließen. Hier gab es nicht allein keine Entbehrungen für ihn, sondern er schwelgte sogar, nur dem gewöhnlichen Leben folgend, in einem Luxus und in einer Bequemlichkeit, die er früher kaum dem Namen nach gekannt und gegen die er wohl deshalb auch mit allen Kräften als die Sitten verderbend geeifert hatte. Aus diesem Grund brauchte er vorderhand weiter nichts zu tun, als seinen übernommenen Pflichten nachzukommen; schon dabei befand er sich völlig wohl, und was hatte er Besseres verlangen können?

Fest aber war er auch entschlossen, seine übernommenen Pflichten zu erfüllen, und schon am zweiten Tag seines Aufenthalts in Java (den ersten gebrauchte er, um nur erst einmal zu Atem zu kommen (begann er die malayische Sprache mit allem Fleiß zu studieren. Hierbei stand ihm indessen eine Überraschung bevor; denn ein alter Malaye, der sich viel in seiner Nähe zu schaffen gemacht, und den er jetzt anredete, um vor allen Dingen ein kleines Alphabet malayischer Wörter zu sammeln, antwortete ihm in holländischer Sprache und versetzte dadurch Herrn Holderbreit in ein sehr angenehmes Erstaunen.

Ohne weiteres ging er auch zum Wirt, um ihn zu ersuchen, daß er ihm diesen Malayen als Diener zuteile.*) Der Wirt lächelte zwar dazu still vor sich hin, erklärte aber, nichts dagegen zu haben. Bali, wie der Bursche genannt wurde, da er eigentlich von Bali stammte, schleppte deshalb schon an diesem Abend seine Matte vor die Tür des ehrwürdigen Herrn Holderbreit und schlief davor wie ein treuer Hund. Die nächsten Tage ging der Geistliche nicht aus, sondern beschäftigte sich nur mit dem alten Balinesen — von dem sich die übrigen Diener eigentlich erzählten, daß er eines Diebstahls wegen von Bali verbannt worden wäre. — Von diesem lernte er eine bedeutende Anzahl malayische Worte, schrieb sie auf und suchte ihm dafür die Lehren der christlichen Religion einzuprägen.

Bali war eigentlich von Haus aus ein Heide, als er aber nach Java kam, anstatt zur christlichen, zur mohammedanischen Religion bekehrt worden, und dieser, wie er versicherte, bis jetzt treu geblieben. Ob es die richtige sei, wisse er freilich selber nicht, aber er glaube, sie sei gut — besser wie die alte, die er früher gehabt und jetzt abgelegt, und bis er nicht eine noch bessere finde, wolle er sie behalten. Bali war jedenfalls für seine Abstammung und Erziehung ein ganz intelligenter Kopf und, wie Herr Holderbreit sich gestand, ein wahrer von Gott gesandter Schatz, den er hier gefunden. So vortreffliche Fortschritte der Geistliche nämlich bei ihm im Malayischen machte, so vortreffliche Fortschritte machte Bali auch in den Lehren der christlichen Religion, denen er mit wirklich rührender Aufmerksamkeit lauschte. Herr Holderbreit selber hatte einen so raschen Erfolg kaum für möglich gehalten, aber die Tatsache, die ihm hier vorlag, berechtigte ihn auch zu den schönsten Hoffnungen in seinem Berufe, wenn er nur einmal die ersten Schwierigkeiten der Sprache überwunden haben würde.

Ein anderes Hindernis trat aber desto schroffer an einer Stelle vor ihm auf, wo er es gar nicht erwartete, und zwar von seiten der holländischen Regierung, die er früher dem Missionswesen günstig gestimmt geglaubt hatte. Dank den Empfehlungsbriefen, die er mitgebracht, fand er allerdings zwei Bürgen, die für ihn gutsagten und ihm vorderhand den Aufenthalt in Batavia selber sicherten — aber auch weiter nichts. Die Erlaubnis, das Innere zu besuchen, wurde ihm kurz und einfach abgeschlagen — nicht einmal einen Paß sollte er bekommen, viel weniger irgend eine Unterstützung, die „Heiden" zu bekehren. Wollte er indessen absolut sein Heil mit diesen versuchen, so — deutete ihm der Beamte, den er um einen Paß angegangen war, einfach an — würde er hier in Batavia selber Arbeit für eine ganze Lebenszeit finden, ohne auch nur einen Fuß in das Innere des Landes zu setzen. Darin hatte der Beamte auch sehr wahrscheinlich vollkommen recht, denn heidnische Chinesen und mohammedanische Javanen und Malayen gab es in Masse hier, denen allen noch das Licht des Christentums fehlte, aber — der Aufenthalt selber in Batavia war nicht allein enorm teuer,

*) In den batavischen Gasthöfen hat jedes Zimmer seinen besondern malayischen Diener, der es über Tag in Ordnung hält und nachts auf einem Stückchen Matte dicht vor der Tür desselben schläft, um gleich bei der Hand zu sein, im Fall der darin Wohnende etwas gebrauchen sollte.

Personen der Besatzungen deutscher Seefahrzeuge erlegen. Von den im Berichtsjahre zur Anzeige gebrachten 2843 Verletzungen war die weit überwiegende Mehrzahl leichter Natur, wie ohne weiteres aus der Tatsache erhellt, daß von ihnen bisher nur 243 zur Festsetzung einer Entschädigung geführt haben.

Für das Heilverfahren in der gesetzlichen Wartezeit (ersten 13 Wochen d. U.) verausgabte die Berufsgenossenschaft ganze 632 Mk. Naturgemäß sind die Ausgaben dieser Berufsgenossenschaft für die Unfallverhütung und Überwachung der Betriebe und Fahrzeuge viel höher als bei anderen Berufsgenossenschaften. Der Bericht bemerkt hierzu:

In Ergänzung dieses teilen wir zunächst mit, daß die für Zwecke der Unfallverhütung im Berichtsjahr aufgewendete Summe wiederum eine ganz erhebliche Steigerung, und zwar auf 232 569,25 Mk. gegen 187 972,40 Mark im Jahre 1908 erfahren hat. Die uns erwachsene Belastung übersteigt die Einzelaufwendungen der übrigen Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung ganz erheblich. Auch die im Berichtsjahre bewirkten Überholungen von Fahrzeugen weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Im regelmäßig wiederkehrenden Turnus wurden überholt 3534 Schiffe gegen 2422 im Vorjahre. Außerdem wurden 2066 Fahrzeuge gegen 1402 in 1908 im Laufe des Berichtsjahres einer außerordentlichen Revision unterzogen. Die Gesamtzahl aller bewirkten Überholungen stellt sich somit auf 5600 bei einem Bestande von 3535 Schiffen. Wir sind unausgesetzt bemüht, unser Überwachungssystem in gleicher Weise wie das Board of Trade derartig zu handhaben, daß alle Schiffe in jedem Hafen fortlaufend unter Kontrolle stehen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nunmehr die Unfallverhütung, Überholungsformulare usw. nahezu vollendet durchgeführt seien und jetzt ein gewisser Ruhestand eintreten müsse, „damit den für die Beobachtung der zurzeit in Kraft stehenden Bestimmungen in erster Linie verantwortlichen Personen, insbesondere den Kapitänen und Offizieren, nicht die nötige Zeit und Gelegenheit mangelt, sich in den Geist und das Wesen der vorhandenen Verordnungen völlig einzuarbeiten". Das mag ja richtig sein, kann aber auch als billige Ausrede gelten, auf dem Gebiete des Unfallschutzes nicht weitere Schritte ergreifen zu müssen.

Im Reichsamt des Innern sei nunmehr der Entwurf einer neuen Verordnung betreffend die Beförderung gefährlicher Stoffe in Kauffahrteischiffen fertig gestellt worden und habe den „interessierten Kreisen zur gutachtlichen Äußerung bereits vorgelegen". Wer sind die „interessierten Kreise"? Zur Konferenz waren geladen: Vertreter der Bundesseestaaten, große Reedereien, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und die See-Berufsgenossenschaft. An die Arbeiter, die Seeleute selbst, hat man nicht gedacht.

In Deutschland macht man eben alles ohne die Arbeiter zu hören. Nicht einmal im Eisenbahnrat werden Arbeiter gehört und als Vertreter zugelassen. Auch hier sind die Unternehmer ganz unter sich. Der Bericht weist dann ferner auf die getroffenen Vereinbarungen mit auswärtigen Staaten wegen gegenseitiger Anerkennung von Unfallverhütungsvorschriften und führt die einzelnen Staaten, wie England, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Rußland auf, welche hier Entgegenkommen zeigten.

Bei Titel: Verschollene Schiffe — wird ausgeführt, daß die amtliche Untersuchung der im Jahre 1908 verschollenen zehn näher bezeichneten Schiffe — „in keinem einzigen Falle die Spur eines Beweises dafür erbracht habe, daß die Ursachen für die Verschollenheit in Verstößen oder Mängeln auf dem Gebiete der Seetüchtigkeit, Beladung oder Ausrüstung der in Frage stehenden Schiffe gesucht werden müsse." Als aber der Fall bewiesen wurde, daß ein reicher Reeder seine alten Schiffe untergehen ließ, wurde auch von den Seeämtern dies bestritten. Seeämter und Reeder . . .

Ein Abschnitt des Berichtes führt uns die soziale Fürsorge für Seeleute in außereuropäischen Staaten vor. Keinerlei gesetzliche, die Allgemeinheit bindende Vorschriften weder auf dem Gebiete der Kranken- noch der Unfallversicherung haben u. a. China, Japan, Persien, Siam, Haiti, Brasilien.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Former! In der Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei hatten vor längerer Zeit die Former eine Erhöhung der niedrigen Akkordpreise gefordert. Die Firma gab ausweichende Antworten, sodaß die Former annehmen mußten, sie suche die Sache zu verschleppen. Um nun ihrer Forderung mehr Nachdruck zu geben, legten Dienstag sämtliche Former die Arbeit nieder. Zuzug von Formern, Kernmachern und Gießereiarbeitern nach Görlitz ist streng fernzuhalten.

Ein sächsischer nationaler Arbeitertag wird für den 4. September von einem nationalen Ausschuß nach Dresden einberufen. Die Tagesordnung weist u. a. Referate über die Verhältniswahlen für alle sozialen Wahlen auf, Einführung paritätischer Arbeitsnachweise für alle Kommunen bezw. Kommunalverbände mit Unterstützung der Landesregierung, als Anhang eventl. Arbeitslosenversicherung nach Genter System, Sicherung des Koalitionsrechts. Weshalb dazu gerade ein besonderer „nationaler Arbeiter- und Gehilfentag" notwendig sein soll, wird nicht jedermann einsehen. Die Propagierung dieser Forderungen ist aber auch nur das Aushängeschild. In Wirklichkeit beabsichtigt man ganz etwas anderes. Es soll mobil gemacht werden zu den nächsten Reichstagswahlen. Die eigentlichen Drahtzieher bei diesem Komödienspiel sind die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse. und die Hirsch-Dunckerschen, evangelischen und christlichen Arbeiter sind die Statisten. Charakteristisch hierfür ist folgende Stelle in dem Aufruf, den der sog. Ausschuß erlassen hat:

„Die Sozialdemokratie hat es verstanden, viele Tausende für ihre parteipolitischen Zwecke einzufangen und zu mißbrauchen. Mit Hilfe ihrer extremen Forderungen hat sie es verhältnismäßig leicht, die Mißvergnügten und Unzufriedenen an sich heranzuziehen. Dennoch sind auch unter der Arbeitnehmer- und Gehilfenschaft (ist das vielleicht zweierlei? Die Red.) viele, die nicht mit ihr sympathisieren. Ihr alles negierendes Verhalten, ihr Radikalsmus und ihre vaterlandsfeindliche Gesinnung sind vielen erwerbstätigen Männern und Frauen ein Greuel."

Diese armseligen Ignoranten werden mit ihrer nationalen Komödie nicht den gewollten Erfolg haben. Die gegenwärtige Zeit ist ihnen besonders ungünstig und es ist auch nur die Angst vor der Reichstagswahl, die die Macher dazu trieb, ein solches Spektakelstück aufzuführen.

Streikjustiz. Während der letzten Bauarbeiter-Aussperrung kam es in Heidelberg und Umgebung zwischen Arbeitswilligen und Ausgesperrten wiederholt zu Zusammenstößen, wobei die herausfordernde Haltung der Streikbrecher meist die Veranlassung gab. Als Strafrichter fungierte meist der Oberamtsrichter Seitz, der im Rufe einer besonderen Verehrung der Arbeitswilligen steht. Der Maurer Zobeley hatte dem Polier Baier einige Grobheiten gesagt. Der Polier hatte diese auf der Stelle erwidert. Bei einem Privatbeleidigungsprozeß hätten beide Strafe erhalten. So aber erhielt Zobeley sechs Tage Haft, der Polier geht ohne Strafe aus. Der Gipser Ebert sagte zu einem Buchdrucker, der in einer Wirtschaft bei einem Arbeitswilligen saß: „Rede nicht mit dem, der schafft ja." Es gab eine kleine Geldstrafe. Der Amtsrichter Seitz bemerkte zu dem ausgesperrt gewesenen Arbeiter: „Ist es denn eine Schande, wenn man schafft!" Der Arbeitswillige Schwegler begegnete auf dem Heimweg mehreren Ausgesperrten. Es kam zu Sticheleien. Schwegler nahm ein Richtscheit und schlug auf den Maurer Stoß ein, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Schwegler erhielt nun von anderen Arbeitern Schläge. Stoß, der geschlagen wurde, und ein Maurer Eß kamen auf die Anklagebank und erhielten jeder der beiden zwei Monate Gefängnis. Der Amtsrichter gab bei der Leitung der Verhandlung dem Verteidiger Veranlassung, sein Mandat niederzulegen. Eine Vernehmung der gemeldeten Entlastungszeugen wurde abgelehnt. Der Glasierer Friedrich Vogt war nach dem Streik der Hilfsarbeiter in den Ofenfabriken in Meißen wegen angeblicher Verfehlung gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, vom Meißner Schöffengericht aber freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte dagegen Berufung ein. Er erzielte vor der Strafkammer auch eine Verurteilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängnis. Das Meißner Schöffengericht hatte freigesprochen, weil sich die Aussagen der Zeugen gegenüberstanden. Das Dresdner Landgericht aber folgte den Aussagen des Wachtmeisters und verurteilte. Außerdem wurde gleichzeitig gegen zwei andere Streikfünder wegen desselben Delikts aus denselben Ursachen verhandelt und jeder zu zwölf Tagen Gefängnis verurteilt.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder in den graphischen Kunstanstalten Nürnbergs. Die Buchbinder sämtlicher Kunstanstalten in Nürnberg haben in geheimer Abstimmung einmütig den Streik beschlossen, wenn die Unternehmer bis zum Ablauf der Kündigung kein Entgegenkommen zeigen.

Katholische Gewerkschaftszersplitterer in England. Die Hauptstärke der englischen Gewerkschaftsbewegung lag nicht zum mindesten in ihrer einheitlichen Tendenz, alles Nichtgewerkschaftliche aus dem Rahmen der Diskussion innerhalb der Gewerkschaft selbst sorgsam auszuscheiden. Wenngleich die berufliche Zersplitterung in den gewerkschaftlichen Organisationen eine auf den ersten Blick auffällige Erscheinung ist, so hätte man bisher doch vergeblich nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Bewegung, wie wir sie z. B. in Deutschland durch die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verkörpert sehen, gesucht. Der Umstand nun, daß die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung immer mehr zu sozialistischen Anschauungen neigt, hat auch dort die Zersplitterer nicht ruhen lassen, die — uns Deutsche wundert das gewiß nicht — sich im katholischen Lager fanden. Kürzlich fand nämlich in Salford eine „Konferenz katholischer Gewerkschaftler" statt, die der Meinung Ausdruck gab, es sei „nunmehr an der Zeit, von den Gewerkschaftsführern energisch eine den Wünschen der Katholiken entsprechende Haltung zu verlangen; daß die Katholiken wohl gewillt seien, ihre Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, doch dürfe dies in Zukunft nur nach Zubilligung gewisser Zugeständnisse geschehen". Welche Einflüsse hinter dem Ganzen wirksam sind, zeigt der Umstand, daß der Bischof von Salford auf der Konferenz den Wunsch ausdrückte, die Bewegung möge mit der Zeit wachsen und stärker werden und daß auf ein an den Papst gerichtetes Telegramm vom Kardinal Merry del Val der Konferenz telegraphisch des Papstes Segen übermittelt wurde. Es wurde beschlossen, regelmäßige „katholische Gewerkschaftskonferenzen" zu organisieren, zu deren Teilnahme katholische Vertreter katholischer Verbände und Verbandsvorstände eingeladen werden, die den „besonderen Interessen der katholischen Gewerkschaftsmitglieder dienen sollen."

Streikbewegungen im Auslande.

Frankreich. Der verzweifelte Kampf der Hutmacher in Esperaza, der schon seit dem 3. Januar d. J. tobt, dauert unverändert fort. Insgesamt sind 900 Arbeiter beteiligt. Da die Gewerkschaft seit langem keine regelmäßige Unterstützung mehr zahlt, und jetzt auch die täglich verteilten kommunistischen Mahlzeiten auf je eine pro Tag reduziert werden mußten, ist die Lage der Streikenden eine äußerst kritische. — Der Straßenbahnerstreik in Beziers führte zu Zusammenstößen der Streikenden mit der Polizei. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Insbesondere verlangen die Angestellten die Entlassung des selbstherrlichen Direktors. — In Mehun-sur-Yevre sind über 800 Arbeiter der keramischen Industrie ausgesperrt. — Die Eisenbahner in Paris planen einen Generalstreik, dem sich jetzt auch die Angestellten der Untergrundbahn anschließen wollen. Die Regierung trifft bereits Gegenmaßnahmen; sie will den Verkehr durch Militär aufrecht erhalten.

Österreich. In der Brünner Textilindustrie steht eine größere Bewegung bevor. Infolge der Arbeitsniederlegung der Putzer, die allerdings nur einen kleinen Teil der Textilarbeiterschaft ausmachen, schlossen einige Fabriken schon vollständig, einige kleinere Unternehmer bewilligten die Forderungen. Eine allgemeine Arbeitsniederlegung ist infolge der schroff ablehnenden Haltung der führenden Unternehmer sehr wahrscheinlich. — Die völlige Stillegung der Marie-Anne-Grube im Ostrauer Revier hatte die Weigerung der Direktion auf Wiedereinstellung eines gemaßregelten Arbeiters zur Folge. Insgesamt feiern an 3000 Mann, die jetzt auch Lohnforderungen stellen.

Ungarn. Eine Generalaussperrung aller in Eisenwerken und Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter kündigen die Budapester Unternehmer für den 30. Juli an, wenn bis dahin nicht alle zurzeit von der Arbeiterschaft dieser Industrie verhängten Streiks und Boykotts, die vielfach in letzter Zeit durch die Weigerung der Arbeiter, Streikarbeit zu verrichten, hervorgerufen wurden, aufgehoben seien. Der Gewerkschaftsrat beschloß für diesen Fall, die Arbeiterschaft aufzufordern, vom 1. August ab weder Mieten zu zahlen, noch ihre Wohnungen zu räumen. In der bosnischen Hauptstadt Serajewo ruht fast das gesamte Baugewerbe infolge eines allgemeinen Ausstandes der Bauarbeiter, die Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne und Anerkennung der Organisation fordern.

England. Unter den englischen Seeleuten gärt es beträchtlich, besonders infolge der vielen unnützen Härten, denen sie an Bord ausgesetzt sind. Man hat festgestellt, daß in den letzen Jahren die Selbstmorde unter dem Maschinenpersonal ständig zugenommen haben. Man zählt jährlich auf je 100 Mann einen Selbstmord während der Fahrt. Kürzlich stattgefundene Versammlungen der Seeleute protestierten energisch gegen die Behauptung der Reeder, daß diese Erscheinung nur die Folge der Trunksucht der Weißen und des religiösen Aberglaubens der Chinesen sei. — Ein Sympathiestreik der Eisenbahner, der durch die Versetzung eines Kollegen gegen dessen Willen ausgebrochen war, wurde wieder abgebrochen, nachdem die Organisation der Eisenbahner jede Unterstützung der Bewegung verweigerte. Der Streik hatte schon eine große Ausdehnung gewonnen und Zehntausende von Arbeitern anderer Industrien arbeitslos gemacht. Sicherlich ist die Bewegung nicht endgültig beendet, denn die Unzufriedenheit der Eisenbahner der North-Western ist besonders durch die schikanöse Behandlung seitens der Beamten, zahlreiche Entlassungen solcher, die im Dienst alt und grau geworden sind, sowie durch deren vielfache Versetzung in niedere Lohnklassen, aufs äußerste gestiegen. In verschiedenen Städten rühren sich jetzt auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschereien, die über lange Arbeitszeit und jämmerliche Bezahlung klagen. Der allgemeine Arbeiterinnenverband hat eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet, die raschen Umfang gewinnt. In den Londoner Wäschereien wird noch bis 13 Stunden täglich gearbeitet, und manche Mädchen erhalten Wochenlöhne von 3 bis 5 Mark.

Spanien. In Bilbao (Spanien) ist ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden sowohl Polizisten, wie auch Streikende verwundet. Militär wurde requiriert.

Belgien. Der Kampf der Arbeiter der Papierindustrie in Turnhout ist immer noch nicht beendet. Es war gelungen, 50 Streikbrecher aus Deutschland heranzuziehen, doch sind diese inzwischen wieder abgereist. Über 500 Arbeiter stehen zurzeit im Kampf.

Holland. Der Kampf in der Textilindustrie in Enschede dauert unverändert fort; doch ist die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten noch gewachsen. Die Arbeiter aller Richtungen — es sind die freien, christlichen, anarchistischen und neutralen Gewerkschaften der Textilarbeiter beteiligt — sind entschlossen, den Kampf um das Koalitionsrecht bis zum äußersten zu führen.

Kommunales.

Korruption im sozialistenreinen Gemeinderat. Die Begeisterung über den vor zwei Jahren durch das Kartell der Ordnungsparteien gelungenen Ausschluß der Sozialdemokratie aus den Rathäusern in Mülhausen und Straßburg ist längst verschwunden. Das, was über die Korruption in der sozialistenfreien Gemeindevertretung von Straßburg bekannt geworden ist, läßt keinen Zweifel mehr darüber zu, daß bei der nächsten Gelegenheit die Wähler dieser Mißwirtschaft ein Ende bereiten werden. In seiner Sitzung am Mittwoch hatte sich der Gemeinderat von Straßburg mit dem krassesten Fall von Korruption zu befassen, der wenigstens öffentlich bekannt geworden ist. 22 Schlossermeister hatten nämlich unter sich eine Art von Submissionsring gebildet, der folgendermaßen arbeitete: Alle Meister reichten sehr hohe Angebote ein, nur einer ein im Verhältnis viel niedrigeres, das aber immer noch so hoch war, daß er nach dem selbstverständlichen Erfolg außer dem eignen Profit noch jedem der anderen Submittenten eine größere Entschädigung zahlen konnte. Die Malermeister trieben eine ähnliche Politik. Hier griff sogar die Malerinnung selbst ein. Sie erfuhr eines Tages auf irgendeine geheimnisvolle Weise, daß eine auswärtige Firma ein viel niedrigeres Angebot eingereicht hatte. Darauf veranlaßte sie diesen unangenehmen Konkurrenten, von der Submission zurückzutreten, indem sie ihm ein Abstandsgeld von 1400 Mk. zahlte. Die Entrüstung in der Bevölkerung erreichte ihren Höhepunkt, als festgestellt wurde, daß ein Mitglied des Gemeinderats, der liberale Stadtat Rupp, selbst an diesem eigentümlichen, aber risikofreien Geschäft beteiligt war. Er erklärte darauf seinen Austritt aus der Firma und erst, als man ihn in der sozialdemokratischen Presse daran erinnerte, daß sein Sohn doch Teilhaber der Firma blieb, legte er endlich sein Mandat nieder. Dieser Fall ist übrigens nicht die einzige Merkwürdigkeit, die von dem sozialistenfreien Straßburger Rathaus bekannt geworden ist. Der Gemeinderat mußte sich schon neulich mit der Sache befassen. In seiner Mittwochsitzung beantragte der Bürgermeister, die ganze Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung zu übergeben. Die ringbildenden Submittenten haben sich in der Tat gegen eine im Reichsland noch gültige Bestimmung des französischen Strafgesetzbuches ver-

---

sondern auch ein eigentliches Leben mit den Bekehrten, noch dazu von allen Verführungen einer solchen Stadt umgeben, vollständig unmöglich. Wo hätte sich hier der Missionär ein Haus mit einem Garten anlegen können, in dem die Eingeborenen, nach patriarchalischer Sitte, ihm Gemüse und Früchte bauten, wo war hier einer der Vorteile zu finden, die er als Missionär auch für alle „Gefahren und Entbehrungen" beanspruchen konnte, und sollte er dafür gleich mit dem Proletariat einer großen Stadt beginnen, das, wie er noch von Europa wußte, überhaupt in der ganzen Welt das verworfenste ist? Es ging nicht, es ging wahrhaftig nicht, und der einzige Trost blieb ihm jetzt noch der alte Bali, an dem er ein leuchtendes Beispiel aufzustellen gedachte. Gelang es ihm, den braunen Burschen in den nächsten Tagen vollständig zu bekehren, so konnte die Regierung, mit solchen Tatsachen vor Augen, ihm ein größeres Feld für seine Wirksamkeit kaum mehr verweigern. Er hatte dann bewiesen, was er imstande sei zu leisten, und alles andere mußte sich leicht ohne Schwierigkeit gestalten.

Mit solchen Gedanken beschäftigt, saß er im Portico des Hofes, wohin die Strahlen der untergehenden Sonne nicht reichen konnten. Er hatte ein kleines malayisches Wörterbuch vor sich liegen, mit dem er die von Bali erhaltenen Worte verglich, und achtete dabei nicht darauf, daß unfern von ihm ein paar Schiffskapitäne neben einer Flasche Genevre saßen und allerlei tolle Schnurren aus ihrem Leben erzählten. Was kümmerte sie der Mann in dem dunkeln Rock, mit dem breitrandigen Hut und weißen umgeschlagenen Hemdkragen. Sie hatten deren mehr auf ihren verschiedenen Reisen gesehen, und für dieselben gerade kein günstiges Vorurteil gefaßt. Schiffskapitäne und Missionare sind nun einmal, aus verschiedenen Ursachen, geschworene Gegner und nicht selten Feinde. — Im Hofe entstand ein Lärm, und als Herr Holderbreit aufsah, erkannte er zu seinem Erstaunen Bali, den der Wirt des Hauses bei der Schulter hatte und ihm nicht allein ein paar tüchtige Hiebe mit einem Rohr überzog, sondern auch noch in malayischer Sprache die bittersten Grobheiten sagte. Herr Salomon Holderbreit verstand allerdings nichts davon, aber er bemerkte zu seiner Bestürzung, daß Bali nicht recht fest auf seinen Füßen stand, also krank oder — das viel Wahrscheinlichere und Schlimmere — betrunken sei.

(Fortsetzung folgt.)

gangen, die derartige Abmachungen, Versprechungen, Abstandszahlungen usw. bei Submissionen unter schwere Strafe stellt. Nach lebhafter Debatte hat der Gemeinderat den Antrag der Verwaltung zum Beschluß erhoben. Ferner überwies er den Antrag der Verwaltung, daß von jetzt ab die Mitglieder des Gemeinderats sich an nichtöffentlichen Submissionen nicht mehr beteiligen dürfen, an die Kommission.

Soziales.

Aus der Praxis des Leipziger Ärzteverbandes. Die 5. Zivilkammer des Kölner Landgerichts hatte sich am Montag mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die die Tätigkeit des Leipziger Ärzteverbandes in ein recht eigenartiges Licht stellt. Ein Arzt hatte sich gegen Zahlung von 3000 Mk. bestimmen lassen, sich dem Leipziger Ärzteverband gegenüber auf Ehrenwort und gegen eine Konventionalstrafe von ebenfalls 3000 Mk. zu verpflichten, innerhalb zehn Jahren an keinem Ort in Deutschland, wo Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen entstanden sind, ärztliche Tätigkeit auszuüben. Trotzdem ließ sich der Arzt im Februar 1909 in Köln nieder und wurde Krankenkassenarzt. Nun klagte der Leipziger Verband beim Landgericht in Leipzig die Konventionalstrafe ein. Das Gericht entschied aber, daß der Vertrag, in dem der Arzt seine Freiheit verkauft hat, den guten Sitten zuwiderlaufe und deshalb ungültig sei. Alsdann verklagte der Verband den Arzt beim Kölner Landgericht auf Herausgabe der als Gegenleistung für diese Verpflichtung gezahlten 3000 Mk., denn, wenn der Vertrag ungültig sei, habe der Arzt diese 3000 Mk. unrechtmäßig erhalten. Das Gericht wies aber den Verband auch hier ab. Es liege zwar, so sagt das Urteil, auf beiden Seiten ein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimme aber für einen solchen Fall beiderseitigen unsittlichen Verhaltens nach § 817, daß die Rückforderung des Geleisteten ausgeschlossen sei.

Die Prostitution in Deutschland.

Im Verlag von Albert Langen, München, ist ein Buch des Arztes Robert Hessen erschienen, das die Prostitution in Deutschland behandelt. In Deutschland gab es am 1. Dezember 1900 19½ Millionen Verheiratete (Männer und Frauen), außerdem aber 6½ Millionen lediger, verwitweter und geschiedener Männer und 6½ Millionen heiratsfähiger Mädchen und Witwen. Also 19½ Millionen sexuell Versorgte gegen 13 Millionen Unversorgte. Da rechnet Hessen die in der Ehe Darbenden und Hungernden gar nicht mit . . .

Die deutsche Prostitution ist etwas Scheußliches. „Sage mir, welche Prostitution du hast, und ich will dir sagen, von welcher Art deine Menschlichkeit ist," so ruft Hessen den Deutschen zu. An ein paar Lebensläufen, die er mit eigenen Augen verfolgt, zeigt er, wie unheimlich rasch die heute noch „frische Ware" auf dem deutschen Prostitutionsmarkt verdirbt und degeneriert. Das ganz verpfuschte Exemplar kommt dann in den internationalen Mädchenhandel, für den — man weiß — Deutschland und Österreich-Ungarn die meiste Ware stellen. Den Mädchenhandel bekämpft man freilich, aber wie dilettantisch, wie hirnlos wird da „gekämpft"! Es gäbe wirksamere Mittel als dies bißchen recht ergebnisarme Bahnhofpolizeispielen. Hessen erzählt auf Grund einer Mannheimer Statistik aus dem Jahre 1907, daß von geschlechtskranken Weibern 22 Prozent Kellnerinnen waren. Der Kellnerinnenberuf ist in Deutschland oft das Sprungbrett zur Prostitution. Dazu sagt Hessen: „Ich rechne unsere Kellnerinnen zu den mühsalgeplagtesten Einwohnern von Deutschland. Wenn sie uns nett und freundlich gegenübertreten, ahnen die wenigsten, was auf diesen dienstbaren Geistern deutscher Unersättlichkeit lastet. Fast jede von ihnen wird durch die Entziehung von Schlaf ruiniert. Denn ob es bis 2 Uhr nachts gedauert hat oder bis 5 Uhr früh, um 8 oder 9 Uhr morgens müssen sie im Lokal sein und das Geschirr in Ordnung bringen. Und das winterliche nächtelange Hantieren in diesen zur Erzeugung von Durst überheizten, tabakgeschwängerten Höhlen! Die meisten sind nach kurzem Liebesfrühling, aus dem ein Kind zu sprießen und in der üblichen Engelspflege draufzugehen pflegt, so müde, daß sie Gott danken, sich an freien Tagen ausschlafen zu können. Tausende haben von dem endlosen Stehen und Schleppen in geschnürtem Zustand Gebärmutterleiden." Wer den deutschen Kellnerinnen das Leben erträglicher, freudiger, gesunder gestaltete, der würde dem Mädchenhandel viel wichtigere Zufuhrquellen abschneiden, als man in den Vereinen zur Bekämpfung des Mädchenhandels ahnt, die übrigens nicht selten in ihrer eignen Mitte „Dienstvermittlerinnen" gefährlichster Art sitzen haben!

Jede Prostitution ist so wie ihre Kundschaft. Die Rohheit der deutschen, namentlich der ostpreußischen Dirne, ist nur ein Echo der Roheit ihrer Kundschaft. Das deflorierte Mädchen, das aus der Provinz nach Berlin kommt, um als Eingeschriebene zu leben, ist noch gar nicht so gemein, wie es im Umgang mit den rüden Gesellen ihres Kundenkreises werden muß. Daß die Prostitution durchaus nicht anmutlos, ordinär und unreinlich sein muß, erörtert Hessen an einem seiner Lieblingsthemen; am japanischen System. Die Prostitution verdient dort einen andern Namen, denn sie ist, nach Hessen, ein großes, zweckmäßig eingerichtetes hygienisches Institut zur Gesunderhaltung eines kräftigen Volkes." Die Mädchen wohnen wohl in eignen Quartieren, aber es ist gesetzlich verboten, ihre persönliche Freiheit auch nur im geringsten zu beschränken. Die Ausplünderung durch Wirtinnen wird schwer bestraft. Die japanische Gesellschaft begegnet den Mädchen nicht mit Verachtung und so können sie, wenn sie sich in ein paar Jahren Ersparnisse gemacht haben, in ein Dörfchen ziehen, wo sie sich unschwer verheiraten. Die japanische Liebesverkäuferin wird auch beruflich nicht so ausgebeutet. Hessen erzählt, daß sie im Tag einen, höchstens zwei, zuweilen gar keinen Besuch empfange. Darum putzen sich die Mädchen, korrespondieren, singen, tanzen und werden nicht so furchtbar schnell stumpf wie das mißhandelte und mißbrauchte deutsche Bordellmädchen. In den japanischen Teehäusern wird — auch das bürgt für bessere Lebensformen — Tee, nicht Bier und Wein getrunken, es fehlt also an dem spezifischen Alkoholgebrüll. Auch die Mädchen bleiben immer nüchtern. Unnötig und unmöglich, zu erklären, wie peinlich sauber es in den japanischen Teehäusern zugeht . . . Moralisten werden sich über die japanischen Liebeskultur aufhalten (obwohl die Japaner gar nicht wüstlingshaft geworden, sondern außerordentlich selbstbeherrscht sind). Robert Hessen der Hygieniker, blickt mit Neid nach Osten.

Hessen nennt sein verständiges Buch nicht „die sexuelle Frage", weil er überhaupt mehr fürs Antworten als fürs Fragen ist; nichtsdestoweniger rührt er an den ganzen Komplex von sozialen, hygienischen, psychologischen und moralischen Fragen, die rund um die Prostitution entstehen. Seine Antworten sind mutig, weil sie frei von Heuchelei sind, sie wirken erfrischend, weil Hessen sich weder von statistischen Tabellen noch von moralischen Redensarten um seine Unbefangenheit bringen ließ. Was er von den Deutschen fordert, das ist erstens: Verhütung von Sklaverei, zweitens: Herstellung von Reinlichkeit. Die Begriffe „Laster", „Sünde", „Strafe" verbietet er aus der Debatte.

Sein letztes, sein wärmstes Wort gilt den unehelichen Kindern, deren Los, wenn die Mütter sie weggeben müssen, glatter Mord und Vernachlässigung ist. „Wenn diese unehelichen Kinder auch nichts weiter wären als schön und feurig, sollten wir sie gern willkommen heißen und hegen. Aus Zuneigung entstanden, weil der Vater verliebt, die Mutter begehrt war, sind sie ein zehnmal besserer Ausdruck unserer Rasse als das Gewimmel skrofulöser, krummbeiniger, wasserköpfiger Halbassen, das nur noch der abendliche Rausch reizloser Gattinnen im Dämmerlicht abverlangt." Hier hört man eines Mannes Herz schlagen: Sorge für die unehelichen Kinder — das ist die beste Politik gegen die Prostitution! —

Aus Nah und Fern.

Aus dem Zug gestürzt. Auf der Strecke Mahlsdorf—Berlin stürzte gegen 10 Uhr der 19jährige Kaufmann Altersdorf aus dem Zuge und kam unter die Räder; beide Beine wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte wurde mit dem nächsten Zuge nach Berlin in die Charitee übergeführt.

50 000 Mk. unterschlagen. Der auf dem Postamt 17 am Schlesischen Bahnhof in Berlin beschäftigte Briefträger Ludwig Bergmann unterschlug 50 000 Mk. in bar, die er aus dem Packraum des Postamts nach der Briefausgabe bringen sollte und flüchtete. Der Briefträger Bergmann ist durch seine noblen Passionen und zahlreichen Liebschaften zu der Unterschlagung veranlaßt worden. Die Tat war seit langer Zeit vorbereitet. Auf die Ergreifung des Defraudanten sind 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Ertrunken. Von einem am Kaiser-Bollwerk in Swinemünde vor Anker liegenden Torpedoboot stürzte gestern der auf Posten stehende Matrose Kunze in den Hafen und ertrank. Nach mehrstündigem Suchen konnte die Leiche geborgen werden.

Großfeuer. In Stegen bei Brunek (Tirol) brach bei heftigem Ostwind Großfeuer aus, das fünf Wohnhäuser samt allen Nebengebäuden in Asche legte. Der Schaden ist bedeutend. Die gesamte Ernte verbrannte. Das Feuer entstand durch spielende Kinder.

Ein neuer Mord. Am Büchelberg bei Aschaffenburg, wo bereits vor sieben Jahren ein bis heute unentdeckt gebliebener Mord an einem Mädchen begangen wurde, ist vorgestern ein neuer Mord an einer Frau verübt worden.

Kellnerinnenelend. Die schamlose Ausbeutung der Kellnerinnen wird drastisch charakterisiert durch einen Arbeitsvertrag, den eine Inhaberin einer Leipziger Animierkneipe mit einer Kellnerin abschloß. Dieses klassische Dokument lautet (wörtlich):

Arbeitsvertrag
zwischen Arbeitgeberin Frau Leopoldine Lukesch
und Kellnerin . . . . . .
Vereinbart wurde:
Arbeitsantritt: 20. Juni 1910 Vormittag.
Lohn: 10 (Zehn) Pfennig täglich.
Bezahlung: erfolgt bei Austritt.
Beschäftigt als: Kellnerin.
Arbeitszeit ab: ½10 Uhr Vorm. — 12 Uhr Nachts.
Kranken- und Invalidenversicherung: Frau Leop. Lukesch bezahlt alle Beiträge hierzu allein, ohne Lohnabzug.
Betreffs gegenseitiger Kündigung: Frl. W. M. kann jederzeit ab ½10 Uhr Vorm. — 12 Uhr nachts abrechnen, während dieser Zeit auch entlassen werden, ohne daß hieraus Ansprüche irgendwelcher Art geltend gemacht werden können.
Die Unterzeichneten, welche sich mit obigem ohne jeden Widerspruch voll und ganz einverstanden erklären, erhielten hiervon je ein Exemplar ausgehändigt.
Leipzig, den 20. Juni 1910.

Arbeitgeberin:
Frau Leop. Lukesch.
i. Vollm.: Rudolf Sack
Sohn 1. Ehe. Cafe Wien.

Kellnerin:
. . . . . .

Das „Cafe" Wien der Frau Leopoldine Lukesch ist eine Animierkneipe der gewöhnlichsten Sorte. Der Vertrag zeigt in erschreckender Weise die unerhörte Ausbeutung der Kellnerinnen, die bei solchem „Lohn" der Prostitution ja mit Gewalt in die Arme getrieben werden. Der „Vater Staat" besinnt sich solch ausgebeuteter Mädchen erst dann, wenn er sie wegen „Ausübung gewerbsmäßiger Unzucht" vor den Richter schleppen kann. Die satte Bourgeoisdame aber rümpft dann die Nase über solche „verwahrloste Mädchen".

Postdiebstahl. In Linz wurden am Bahnpostamt aus dem verschlossenen Dienstwagen vier Wertbeutel entwendet, die zusammen mit 29 000 Kronen deklariert waren. Die leeren Beutel wurden in der Nähe des Amts aufgefunden. Von den Dieben hat man keine Spur.

Explosion. Bei einem von der Kurverwaltung von Bad Oeynhausen im Kurpark veranstalteten Feuerwerk flog ein Feuerwerkskörper in den Behälter, in dem die übrigen noch lagerten. Es entstand eine Explosion, durch die die Frau des Werkmeisters Bilken getötet und drei weitere Personen schwer verletzt wurden.

Fortbildungskurse für Volksschullehrer. Die im vorigen Jahre eingerichteten Fortbildungskurse für Volksschullehrer sollen in Zukunft in allen preußischen Provinzen abgehalten werden. Es kommt der Regierung vor allem darauf an, den Lehrer mit den Aufgaben und der Organisation des ländlichen Fortbildungsschulwesens und mit der Methodik des Unterrichts vertraut zu machen. Der Lehrstoff wird daher auf die für die praktische Schularbeit wichtigen Gebiete beschränkt. Im Vordergrund stehen Gegenstände aus dem Gebiet der angewandten Naturkunde; daneben werden Stoffe aus der Bürgerkunde behandelt. Die Auswahl der Leiter und der Dozenten für die Kurse unterliegt der Genehmigung des Ministers. Im allgemeinen sollen 35 bis 40 Personen an jedem Kursus teilnehmen; die Kurse selbst sind nur von kurzer Dauer. Die Kosten werden auf die Staatskasse übernommen; jedoch wird angestrebt, daß sich die Gemeinden, Provinzen, Kreise, Landwirtschaftskammern und landwirtschaftliche Vereine wenigstens an der Bereitstellung von Beihilfen für die Reise- und Unterhaltungskosten der Teilnehmer beteiligen.

Der heilige Bureaukratismus in Belgien hat einem Luxemburger Bürger ein Stückchen geliefert, das verdient, in Europa die Runde zu machen. Ein Luxemburger Bürger namens Breisch hatte in der Luxemburger Abteilung der Brüsseler Ausstellung eine Anzahl von ihm gearbeiteter Schmucksachen ausgestellt, die in der Nacht vom 23. Juli gestohlen wurden. Er gibt deren Wert auf 14 000 Frank an. Kaum war die Nachricht von dem Diebstahl durch die Zeitungen gegangen, da erhielt Herr Breisch von der belgischen Zollverwaltung ein Schreiben folgenden Inhalts: „Da Ihre Schmucksachen zollfrei nach Belgien eingeführt sind in der Voraussetzung, daß sie nach Schluß der Ausstellung wieder ausgeführt werden — diese Voraussetzung aber nach dem Diebstahl hinfällig wird, indem die Sachen nunmehr auf belgischem Gebiet dauernd verbleiben werden — werden Sie aufgefordert, die entfallenden Zollsätze für die quäst. Gegenstände sofort zu entrichten." Herr Breisch soll geantwortet haben, er schiebe die Verpflichtung zur Erlegung der Zollgebühren auf den Dieb ab. Vielleicht macht diesen die Zollverwaltung ausfindig, nachdem die Polizei bis jetzt sich auf den Standpunkt gestellt hat, die Sache gehe sie nichts an.

Das Unwetter in Ungarn. Die in Budapest eintreffenden Einzelheiten über die Unwetter-Katastrophe im Szolnok-Dobokaer Komitat entwerfen ein furchtbares Bild der Verwüstung. Die Felder von fünf Ortschaften sind total vernichtet. In der Gemeinde Nagydebrek, woher erst jetzt Berichte kommen, wurden bisher 27 Leichen aufgefunden, während 31 Personen fehlen, die als verloren gelten. Hiobsbotschaften kommen auch aus dem Szatmarer Komitat, wo der Szamos-Fluß mehrere Gemeinden überflutet hat. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, fünf Personen ertrunken.

Vermißte Hochtouristen. Aus Graz wird gemeldet; Seit Sonnabend werden zwei Touristen auf dem Hochgrimming vermißt. — Die seit zehn Tagen in Admont vermißten Breslauer Touristen sind noch immer nicht gefunden; man befürchtet, daß sie auf der Sparafeld-Gruppe verunglückt sind.

Verbrannter Dampfer. Nach einer Meldung aus Panama ist der neue peruanische Dampfer „Huallaga" vor der Küste von Peru verbrannt. Drei Matrosen sind umgekommen. Die Passagiere und die übrigen Mannschaften wurden von dem Schwesterschiff „Ucayali" an Bord genommen.

Generalstreik der Bauarbeiter in Chicago. Der Generalstreik der Bauarbeiter in Chicago ist beschlossen und gestern abend proklamiert worden. Er wird sich voraussichtlich unmittelbar auf 18 000 Arbeiter erstrecken, mittelbar auf weitere 10 000.

Genossenschaftsbewegung.

Die „Post" über die Konsumvereine. Der neugegründete „Bund der Festbesoldeten" agitiert gegen ältere bestehende Beamtenvereinigungen mit der Behauptung, diese seien mittelstandsfeindlich, weil sie die Konsumvereine fördern. Das ist eine recht kleinliche Art der Agitation, die zudem erkennen läßt, daß über die Bedeutung und die Wirksamkeit der Konsumvereine recht unklare Vorstellungen beim „Bund der Festbesoldeten" herrschen. Er muß es sich daher gefallen lassen, daß das Scharfmacherblatt, die „Post", ihm folgende Zurechtweisung zuteil werden läßt:

> Das Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe freilich, um die großkapitalistischen Gewinne auch dem kleineren Konsumenten zuzuwenden, werden — mit Verlaub! — wohl auch die Beamtenvereine als berechtigt anerkennen dürfen. Die Spitze dieser kulturell ungemein wichtigen Bestrebungen wendet sich übrigens nicht gegen den Gewerbetreibenden und Kleinhändler, sondern gegen die Warenhäuser; warum erklärt der „Bund" sich nicht auch gegen die in letzteren häufig geübte Preisschleuderei und Rabattgewährung?
>
> Wenn die „Post" wieder einmal die modernen Konsumvereine angreift, wird man sie an dieses Zitat erinnern dürfen.

Möbelhändler, Möbelfabrikanten und Möbelkonsumenten. Die in Düsseldorf erscheinende Zeitschrift „Der Detaillist" enthält den Wortlaut eines Vertrages, der zwischen der Vereinigung deutscher Möbelindustrieller, Sitz Berlin, einerseits und dem Schutzverbande der Möbel- und Dekorationsgeschäfte von Rheinland und Westfalen, dem Verbande der Möbelgeschäfte in Frankfurt a. M. und dem Verbande der Möbelbranche von Süddeutschland andererseits abgeschlossen worden ist. Nach diesem Vertrage verpflichten sich die Möbelfabrikanten, sofern sie nicht bereits vor Inkrafttreten des Vertrages ein offenes Detailgeschäft betrieben haben, weder direkt noch indirekt an Private Möbel zu liefern. Nach Inkrafttreten der Vereinbarung soll kein Fabrikant mehr ein offenes Detailgeschäft gründen dürfen. Die Fabrikanten, die bereits ein offenes Detailgeschäft haben, sollen nur berechtigt sein, innerhalb eines zu vereinbarenden Heimatsbezirkes an Private zu liefern. Außerhalb dieses Bezirkes dürfen Fabrikanten nicht an Private liefern, sie müssen vielmehr an sie gelangende Aufträge an Möbelhändler überweisen, wofür sie eine besondere Vergütung erhalten. Die Fabrikanten, die direkt mit dem privaten Publikum verkehren, werden verpflichtet, mit den Möbelhändlern Vereinbarungen über die zu fordernden Preise zu treffen, welche es den Detailhändlern ermöglichen, konkurrenzfähig zu bleiben. Um diese Vereinbarungen durchzuführen, ist seitens der Möbelhändler eine Liste von Fabrikanten herausgegeben worden, welche die vorstehend wiedergegebenen Bedingungen anerkannt haben. Fabrikanten, welche auf den Verkehr mit dem privaten Publikum nicht verzichten wollen, werden auf die schwarze Liste gesetzt und den Möbelhändlern bekanntgegeben. Die ganzen Abmachungen sind diktiert von dem Bestreben, den Profit der Zwischenhändler in Möbeln aufrechtzuerhalten. Das Publikum soll gehalten sein, beim Kauf von Möbeln einen Tribut an die Möbelhändler zu leisten, und die Möbelfabrikanten unterstützen durch diese Vereinbarungen dieses Bestreben der Möbelhändler. Der Vorgang ist nicht neu, er hat seine Vorläufer in anderen Branchen gehabt. Die Konsumenten können daraus ersehen, daß Produzenten und Händler stets geneigt sein werden, sich zu verbünden, um ihre Gewinne auf Kosten der Konsumenten zu erhöhen. Die Rheinisch-westfälische Holzindustrie, eine Genossenschaft, die den Konsumenten gute und preiswürdige Möbel liefert, zeigt, welchen Weg die Konsumenten einzuschlagen haben, wenn sie freikommen wollen von der Tributleistung an die Möbelhändler. Wenn durch die Vereinbarungen zwischen Möbelhändlern und Möbelfabrikanten ein erhöhter Umsatz der Rheinisch-westfälischen Holzindustrie erzielt würde, so wäre dieses eine zwar nicht beabsichtigte, aber begrüßenswerte Folgeerscheinung dieses Paktes zwischen Produzenten und Händlern in der Möbelbranche.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte", redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 b) die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 15. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor:

Adolph von Elm: Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie. — Dr. Josef Bloch: Zurück zur Negation? — Dr. Ludwig Quessel. — Das Dogma von der Verschärfung der Klassengegensätze. — Dr. Max Maurenbrecher: Die Religionsfrage in der politischen Agitation. — Boris Saitzew: Die Perlen. — Hans Fehlinger: Über Rassenhygiene. — Hermann Matutat: Die öffentliche Speisung der Volksschuljugend. — Ge-

Personen der Besatzungen deutscher Seefahrzeuge erlegen. Von den im Berichtsjahre zur Anzeige gebrachten 2843 Verletzungen war die weit überwiegende Mehrzahl leichter Natur, wie ohne weiteres aus der Tatsache erhellt, daß von ihnen bisher nur 243 zur Festsetzung einer Entschädigung geführt haben.

Für das Heilverfahren in der gesetzlichen Wartezeit (ersten 13 Wochen d. U.) verausgabte die Berufsgenossenschaft ganze 632 Mk. Naturgemäß sind die Ausgaben dieser Berufsgenossenschaft für die Unfallverhütung und Überwachung der Betriebe und Fahrzeuge viel höher als bei anderen Berufsgenossenschaften. Der Bericht bemerkt hierzu:

In Ergänzung dieses teilen wir zunächst mit, daß die für Zwecke der Unfallverhütung im Berichtsjahr aufgewendete Summe wiederum eine ganz erhebliche Steigerung, und zwar auf 232 569,25 Mk. gegen 187 972,40 Mark im Jahre 1908 erfahren hat. Die uns erwachsene Belastung übersteigt die Einzelaufwendungen der übrigen Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung ganz erheblich. Auch die im Berichtsjahre bewirkten Überholungen von Fahrzeugen weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Im regelmäßig wiederkehrenden Turnus wurden überholt 3534 Schiffe gegen 2422 im Vorjahre. Außerdem wurden 2066 Fahrzeuge gegen 1402 in 1908 im Laufe des Berichtsjahres einer außerordentlichen Revision unterzogen. Die Gesamtzahl aller bewirkten Überholungen stellt sich somit auf 5600 bei einem Bestande von 3535 Schiffen. Wir sind unausgesetzt bemüht, unser Überwachungssystem in gleicher Weise wie das Board of Trade derartig zu handhaben, daß alle Schiffe in jedem Hafen fortlaufend unter Kontrolle stehen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nunmehr die Unfallverhütung, Überholungsformulare usw. nahezu vollendet durchgeführt seien und jetzt ein gewisser Ruhestand eintreten müsse, „damit den für die Beobachtung der zurzeit in Kraft stehenden Bestimmungen in erster Linie verantwortlichen Personen, insbesondere den Kapitänen und Offizieren, nicht die nötige Zeit und Gelegenheit mangelt, sich in den Geist und das Wesen der vorhandenen Verordnungen völlig einzuarbeiten". Das mag ja richtig sein, kann aber auch als billige Ausrede gelten, auf dem Gebiete des Unfallschutzes nicht weitere Schritte ergreifen zu müssen.

Im Reichsamt des Innern sei nunmehr der Entwurf einer neuen Verordnung betreffend die Beförderung gefährlicher Stoffe in Kauffahrteischiffen fertig gestellt worden und habe den „interessierten Kreisen zur gutachtlichen Äußerung bereits vorgelegen". Wer sind die „interessierten Kreise"? Zur Konferenz waren geladen: Vertreter der Bundesseestaaten, große Reedereien, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und die See-Berufsgenossenschaft. An die Arbeiter, die Seeleute selbst, hat man nicht gedacht.

In Deutschland macht man eben alles ohne die Arbeiter zu hören. Nicht einmal im Eisenbahnrat werden Arbeiter gehört und als Vertreter zugelassen. Auch hier sind die Unternehmer ganz unter sich. Der Bericht weist dann ferner auf die getroffenen Vereinbarungen mit auswärtigen Staaten wegen gegenseitiger Anerkennung von Unfallverhütungsvorschriften und führt die einzelnen Staaten, wie England, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Rußland auf, welche hier Entgegenkommen zeigten.

Bei Titel: Verschollene Schiffe — wird ausgeführt, daß die amtliche Untersuchung der im Jahre 1908 verschollenen zehn näher bezeichneten Schiffe — „in keinem einzigen Falle die Spur eines Beweises dafür erbracht habe, daß die Ursachen für die Verschollenheit in Verstößen oder Mängeln auf dem Gebiete der Seetüchtigkeit, Beladung oder Ausrüstung der in Frage stehenden Schiffe gesucht werden müsse." Als aber der Fall bewiesen wurde, daß ein reicher Reeder seine alten Schiffe untergehen ließ, wurde auch von den Seeämtern dies bestritten. Seeämter und Reeder . . .

Ein Abschnitt des Berichtes führt uns die soziale Fürsorge für Seeleute in außereuropäischen Staaten vor. Keinerlei gesetzliche, die Allgemeinheit bindende Vorschriften weder auf dem Gebiete der Kranken- noch der Unfallversicherung haben u. a. China, Japan, Persien, Siam, Haiti, Brasilien.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Former! In der Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei hatten vor längerer Zeit die Former eine Erhöhung der niedrigen Akkordpreise gefordert. Die Firma gab ausweichende Antworten, sodaß die Former annehmen mußten, sie suche die Sache zu verschleppen. Um nun ihrer Forderung mehr Nachdruck zu geben, legten Dienstag sämtliche Former die Arbeit nieder. Zuzug von Formern, Kernmachern und Gießereiarbeitern nach Görlitz ist streng fernzuhalten.

Ein sächsischer nationaler Arbeitertag wird für den 4. September von einem nationalen Ausschuß nach Dresden einberufen. Die Tagesordnung weist u. a. Referate über die Verhältniswahlen für alle sozialen Wahlen auf, Einführung paritätischer Arbeitsnachweise für alle Kommunen bezw. Kommunalverbände mit Unterstützung der Landesregierung, als Anhang eventl. Arbeitslosenversicherung nach Genter System, Sicherung des Koalitionsrechts. Weshalb dazu gerade ein besonderer „nationaler Arbeiter- und Gehilfentag" notwendig sein soll, wird nicht jedermann einsehen. Die Propagierung dieser Forderungen ist aber auch nur das Aushängeschild. In Wirklichkeit beabsichtigt man ganz etwas anderes. Es soll mobil gemacht werden zu den nächsten Reichstagswahlen. Die eigentlichen Drahtzieher bei diesem Komödienspiel sind die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse und die Hirsch-Dunckerschen, evangelischen und christlichen Arbeiter sind die Statisten. Charakteristisch hierfür ist folgende Stelle in dem Aufruf, den der sog. Ausschuß erlassen hat:

„Die Sozialdemokratie hat es verstanden, viele Tausende für ihre parteipolitischen Zwecke einzufangen und zu mißbrauchen. Mit Hilfe ihrer extremen Forderungen hat sie es verhältnismäßig leicht, die Mißvergnügten und Unzufriedenen an sich heranzuziehen. Dennoch sind auch unter der Arbeitnehmer- und Gehilfenschaft (ist das vielleicht zweierlei? Die Red.) viele, die nicht mit ihr sympathisieren. Ihr alles negierendes Verhalten, ihr Radikalismus und ihre vaterlandsfeindliche Gesinnung sind vielen erwerbstätigen Männern und Frauen ein Greuel."

Diese armseligen Ignoranten werden mit ihrer nationalen Komödie nicht den gewollten Erfolg haben. Die gegenwärtige Zeit ist ihnen besonders ungünstig und es ist auch nur die Angst vor der Reichstagswahl, die die Macher dazu trieb, ein solches Spektakelstück aufzuführen.

Streikjustiz. Während der letzten Bauarbeiter-Aussperrung kam es in Heidelberg und Umgebung zwischen Arbeitswilligen und Ausgesperrten wiederholt zu Zusammenstößen, wobei die herausfordernde Haltung der Streikbrecher meist die Veranlassung gab. Als Strafrichter fungierte meist der Oberamtsrichter Seitz, der im Rufe einer besonderen Verehrung der Arbeitswilligen steht. Der Maurer Zobeley hatte dem Polier Baier einige Grobheiten gesagt. Der Polier hatte diese auf der Stelle erwidert. Bei einem Privatbeleidigungsprozeß hätten beide Strafe erhalten. So aber erhielt Zobeley sechs Tage Haft, der Polier geht ohne Strafe aus. Der Gipser Ebert sagte zu einem Buchdrucker, der in einer Wirtschaft bei einem Arbeitswilligen saß: „Rede nicht mit dem, der schafft ja." Es gab eine kleine Geldstrafe. Der Amtsrichter Seitz bemerkte zu dem ausgesperrt gewesenen Arbeiter: „Ist es denn eine Schande, wenn man schafft!" Der Arbeitswillige Schwegler begegnete auf dem Heimweg mehreren Ausgesperrten. Es kam zu Sticheleien. Schwegler nahm ein Richtscheit und schlug auf den Maurer Stoß ein, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Schwegler erhielt nun von anderen Arbeitern Schläge. Stoß, der geschlagen wurde, und ein Maurer Eß kamen auf die Anklagebank und erhielten jeder der beiden zwei Monate Gefängnis. Der Amtsrichter gab bei der Leitung der Verhandlung dem Verteidiger Veranlassung, sein Mandat niederzulegen. Eine Vernehmung der gemeldeten Entlastungszeugen wurde abgelehnt. Der Glasierer Friedrich Vogt war nach dem Streik der Hilfsarbeiter in den Ofenfabriken in Meißen wegen angeblicher Verfehlung gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, vom Meißner Schöffengericht aber freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte dagegen Berufung ein. Er erzielte vor der Strafkammer auch eine Verurteilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängnis. Das Meißner Schöffengericht hatte freigesprochen, weil sich die Aussagen der Zeugen gegenüberstanden. Das Dresdner Landgericht aber folgte den Aussagen des Wachtmeisters und verurteilte. Außerdem wurde gleichzeitig gegen zwei andere Streikfünder wegen desselben Delikts aus denselben Ursachen verhandelt und jeder zu zwölf Tagen Gefängnis verurteilt.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder in den graphischen Kunstanstalten Nürnbergs. Die Buchbinder sämtlicher Kunstanstalten in Nürnberg haben in geheimer Abstimmung einmütig den Streik beschlossen, wenn die Unternehmer bis zum Ablauf der Kündigung kein Entgegenkommen zeigen.

Katholische Gewerkschaftszersplitterer in England. Die Hauptstärke der englischen Gewerkschaftsbewegung lag nicht zum mindesten in ihrer einheitlichen Tendenz, alles Nichtgewerkschaftliche aus dem Rahmen der Diskussion innerhalb der Gewerkschaft selbst sorgsam auszuscheiden. Wenngleich die berufliche Zersplitterung in den gewerkschaftlichen Organisationen eine auf den ersten Blick auffällige Erscheinung ist, so hätte man bisher doch vergeblich nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Bewegung, wie wir sie z. B. in Deutschland durch die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verkörpert sehen, gesucht. Der Umstand nun, daß die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung immer mehr zu sozialistischen Anschauungen neigt, hat auch dort die Zersplitterer nicht ruhen lassen, die — uns Deutsche wundert das gewiß nicht — sich im katholischen Lager fanden. Kürzlich fand nämlich in Salford eine „Konferenz katholischer Gewerkschaftler" statt, die der Meinung Ausdruck gab, es sei „nunmehr an der Zeit, von den Gewerkschaftsführern energisch eine den Wünschen der Katholiken entsprechende Haltung zu verlangen; daß die Katholiken wohl gewillt seien, ihre Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, doch dürfe dies in Zukunft nur nach Zubilligung gewisser Zugeständnisse geschehen". Welche Einflüsse hinter dem Ganzen wirksam sind, zeigt der Umstand, daß der Bischof von Salford auf der Konferenz den Wunsch ausdrückte, die Bewegung möge mit der Zeit wachsen und stärker werden und daß auf ein an den Papst gerichtetes Telegramm vom Kardinal Merry del Val der Konferenz telegraphisch des Papstes Segen übermittelt wurde. Es wurde beschlossen, regelmäßige „katholische Gewerkschaftskonferenzen" zu organisieren, zu deren Teilnahme katholische Vertreter katholischer Verbände und Verbandsvorstände eingeladen werden, die den „besonderen Interessen der katholischen Gewerkschaftsmitglieder dienen sollen."

Streikbewegungen im Auslande.

Frankreich. Der verzweifelte Kampf der Hutmacher in Esperaza, der schon seit dem 3. Januar d. J. tobt, dauert unverändert fort. Insgesamt sind 900 Arbeiter beteiligt. Da die Gewerkschaft seit langem keine regelmäßige Unterstützung mehr zahlt, und jetzt auch die täglich verteilten kommunistischen Mahlzeiten auf je eine pro Tag reduziert werden mußten, ist die Lage der Streikenden eine äußerst kritische. — Der Straßenbahnerstreik in Beziers führte zu Zusammenstößen der Streikenden mit der Polizei. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Insbesondere verlangen die Angestellten die Entlassung des selbstherrlichen Direktors. — In Mehun-sur-Yevre sind über 800 Arbeiter der keramischen Industrie ausgesperrt. — Die Eisenbahner in Paris planen einen Generalstreik, dem sich jetzt auch die Angestellten der Untergrundbahn anschließen wollen. Die Regierung trifft bereits Gegenmaßnahmen; sie will den Verkehr durch Militär aufrecht erhalten.

Österreich. In der Brünner Textilindustrie steht eine größere Bewegung bevor. Infolge der Arbeitsniederlegung der Putzer, die allerdings nur einen kleinen Teil der Textilarbeiterschaft ausmachen, schlossen einige Fabriken schon vollständig, einige kleinere Unternehmer bewilligten die Forderungen. Eine allgemeine Arbeitsniederlegung ist infolge der schroff ablehnenden Haltung der führenden Unternehmer sehr wahrscheinlich. — Die völlige Stillegung der Marie-Anne-Grube im Ostrauer Revier hatte die Weigerung der Direktion auf Wiedereinstellung eines gemaßregelten Arbeiters zur Folge. Insgesamt feiern an 3000 Mann, die jetzt auch Lohnforderungen stellen.

Ungarn. Eine Generalaussperrung aller in Eisenwerken und Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter kündigen die Budapester Unternehmer für den 30. Juli an, wenn bis dahin nicht alle zurzeit von der Arbeiterschaft dieser Industrie verhängten Streiks und Boykotts, die vielfach in letzter Zeit durch die Weigerung der Arbeiter, Streikarbeit zu verrichten, hervorgerufen wurden, aufgehoben seien. Der Gewerkschaftsrat beschloß für diesen Fall, die Arbeiterschaft aufzufordern, vom 1. August ab weder Mieten zu zahlen, noch ihre Wohnungen zu räumen. In der bosnischen Hauptstadt Serajewo ruht fast das gesamte Baugewerbe infolge eines allgemeinen Ausstandes der Bauarbeiter, die Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne und Anerkennung der Organisation fordern.

England. Unter den englischen Seeleuten gärt es beträchtlich, besonders infolge der vielen unnützen Härten, denen sie an Bord ausgesetzt sind. Man hat festgestellt, daß in den letzen Jahren die Selbstmorde unter dem Maschinenpersonal ständig zugenommen haben. Man zählt jährlich auf je 100 Mann einen Selbstmord während der Fahrt. Kürzlich stattgefundene Versammlungen der Seeleute protestierten energisch gegen die Behauptung der Reeder, daß diese Erscheinung nur die Folge der Trunksucht der Weißen und des religiösen Aberglaubens der Chinesen sei. — Ein Sympathiestreik der Eisenbahner, der durch die Versetzung eines Kollegen gegen dessen Willen ausgebrochen war, wurde wieder abgebrochen, nachdem die Organisation der Eisenbahner jede Unterstützung der Bewegung verweigerte. Der Streik hatte schon eine große Ausdehnung gewonnen und Zehntausende von Arbeitern anderer Industrien arbeitslos gemacht. Sicherlich ist die Bewegung nicht endgültig beendet, denn die Unzufriedenheit der Eisenbahner der North-Western ist besonders durch die schikanöse Behandlung seitens der Beamten, zahlreiche Entlassungen solcher, die im Dienst alt und grau geworden sind, sowie durch deren vielfache Versetzung in niedere Lohnklassen, aufs äußerste gestiegen. In verschiedenen Städten rühren sich jetzt auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschereien, die über lange Arbeitszeit und jämmerliche Bezahlung klagen. Der allgemeine Arbeiterinnenverband hat eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet, die raschen Umfang gewinnt. In den Londoner Wäschereien wird noch bis 13 Stunden täglich gearbeitet, und manche Mädchen erhalten Wochenlöhne von 3 bis 5 Mark.

Spanien. In Bilbao (Spanien) ist ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden sowohl Polizisten, wie auch Streikende verwundet. Militär wurde requiriert.

Belgien. Der Kampf der Arbeiter der Papierindustrie in Turnhout ist immer noch nicht beendet. Es war gelungen, 50 Streikbrecher aus Deutschland heranzuziehen, doch sind diese inzwischen wieder abgereist. Über 500 Arbeiter stehen zurzeit im Kampf.

Holland. Der Kampf in der Textilindustrie in Enschede dauert unverändert fort; doch ist die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten noch gewachsen. Die Arbeiter aller Richtungen — es sind die freien, christlichen, anarchistischen und neutralen Gewerkschaften der Textilarbeiter beteiligt — sind entschlossen, den Kampf um das Koalitionsrecht bis zum äußersten zu führen.

Kommunales.

Korruption im sozialistenreinen Gemeinderat. Die Begeisterung über den vor zwei Jahren durch das Kartell der Ordnungsparteien gelungenen Ausschluß der Sozialdemokratie aus den Rathäusern in Mülhausen und Straßburg ist längst verschwunden. Das, was über die Korruption in der sozialistenfreien Gemeindevertretung von Straßburg bekannt geworden ist, läßt keinen Zweifel mehr darüber zu, daß bei der nächsten Gelegenheit die Wähler dieser Mißwirtschaft ein Ende bereiten werden. In seiner Sitzung am Mittwoch hatte sich der Gemeinderat von Straßburg mit dem krassesten Fall von Korruption zu befassen, der wenigstens öffentlich bekannt geworden ist. 22 Schlossermeister hatten nämlich unter sich eine Art von Submissionsring gebildet, der folgendermaßen arbeitete: Alle Meister reichten sehr hohe Angebote ein, nur einer ein im Verhältnis viel niedrigeres, das aber immer noch so hoch war, daß er nach dem selbstverständlichen Erfolg außer dem eignen Profit noch jedem der anderen Submittenten eine größere Entschädigung zahlen konnte. Die Malermeister trieben eine ähnliche Politik. Hier griff sogar die Malerinnung selbst ein. Sie erfuhr eines Tages auf irgendeine geheimnisvolle Weise, daß eine auswärtige Firma ein viel niedrigeres Angebot eingereicht hatte. Darauf veranlaßte sie diesen unangenehmen Konkurrenten, von der Submission zurückzutreten, indem sie ihm ein Abstandsgeld von 1400 Mk. zahlte. Die Entrüstung in der Bevölkerung erreichte ihren Höhepunkt, als festgestellt wurde, daß ein Mitglied des Gemeinderats, der liberale Stadtat Rupp, selbst an diesem eigentümlichen, aber risikofreien Geschäft beteiligt war. Er erklärte darauf seinen Austritt aus der Firma und erst, als man ihn in der sozialdemokratischen Presse daran erinnerte, daß sein Sohn doch Teilhaber der Firma blieb, legte er endlich sein Mandat nieder. Dieser Fall ist übrigens nicht die einzige Merkwürdigkeit, die von dem sozialistenfreien Straßburger Rathaus bekannt geworden ist. Der Gemeinderat mußte sich schon neulich mit der Sache befassen. In seiner Mittwochsitzung beantragte der Bürgermeister, die ganze Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung zu übergeben. Die ringbildenden Submittenten haben sich in der Tat gegen eine im Reichsland noch gültige Bestimmung des französischen Strafgesetzbuches ver-

---

sondern auch ein eigentliches Leben mit den Bekehrten, noch dazu von allen Verführungen einer solchen Stadt umgeben, vollständig unmöglich. Wo hätte sich hier der Missionär ein Haus mit einem Garten anlegen können, in dem die Eingeborenen, nach patriarchalischer Sitte, ihm Gemüse und Früchte bauten, wo war hier einer der Vorteile zu finden, die er als Missionär auch für alle „Gefahren und Entbehrungen" beanspruchen konnte, und sollte er dafür gleich mit dem Proletariat einer großen Stadt beginnen, das, wie er noch von Europa wußte, überhaupt in der ganzen Welt das verworfenste ist? Es ging nicht, es ging wahrhaftig nicht, und der einzige Trost blieb ihm jetzt noch der alte Bali, an dem er ein leuchtendes Beispiel aufzustellen gedachte. Gelang es ihm, den braunen Burschen in den nächsten Tagen vollständig zu bekehren, so konnte die Regierung, mit solchen Tatsachen vor Augen, ihm ein größeres Feld für seine Wirksamkeit kaum mehr verweigern. Er hatte dann bewiesen, was er imstande sei zu leisten, und alles andere mußte sich leicht ohne Schwierigkeit gestalten.

Mit solchen Gedanken beschäftigt, saß er im Portico des Hofes, wohin die Strahlen der untergehenden Sonne nicht reichen konnten. Er hatte ein kleines malayisches Wörterbuch vor sich liegen, mit dem er die von Bali erhaltenen Worte verglich, und achtete dabei nicht darauf, daß unfern von ihm ein paar Schiffskapitäne neben einer Flasche Genevre saßen und allerlei tolle Schnurren aus ihrem Leben erzählten. Was kümmerte sie der Mann in dem dunkeln Rock, mit dem breitrandigen Hut und weißen umgeschlagenen Hemdkragen. Sie hatten deren mehr auf ihren verschiedenen Reisen gesehen, und für dieselben gerade kein günstiges Vorurteil gefaßt. Schiffskapitäne und Missionare sind nun einmal, aus verschiedenen Ursachen, geschworene Gegner und nicht selten Feinde. — Im Hofe entstand ein Lärm, und als Herr Holderbreit aufsah, erkannte er zu seinem Erstaunen Bali, den der Wirt des Hauses bei der Schulter hatte und ihm nicht allein ein paar tüchtige Hiebe mit einem Rohr überzog, sondern auch noch in malayischer Sprache die bittersten Grobheiten sagte. Herr Salomon Holderbreit verstand allerdings nichts davon, aber er bemerkte zu seiner Bestürzung, daß Bali nicht recht fest auf seinen Füßen stand, also krank oder — das viel Wahrscheinlichere und Schlimmere — betrunken sei.

(Fortsetzung folgt.)

gangen, die derartige Abmachungen, Versprechungen, Abstandszahlungen usw. bei Submissionen unter schwere Strafe stellt. Nach lebhafter Debatte hat der Gemeinderat den Antrag der Verwaltung zum Beschluß erhoben. Ferner überwies er den Antrag der Verwaltung, daß von jetzt ab die Mitglieder des Gemeinderats sich an nichtöffentlichen Submissionen nicht mehr beteiligen dürfen, an die Kommission.

Soziales.

Aus der Praxis des Leipziger Ärzteverbandes. Die 5. Zivilkammer des Kölner Landgerichts hatte sich am Montag mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die die Tätigkeit des Leipziger Ärzteverbandes in ein recht eigenartiges Licht stellt. Ein Arzt hatte sich gegen Zahlung von 3000 Mk. bestimmen lassen, sich dem Leipziger Ärzteverband gegenüber auf Ehrenwort und gegen eine Konventionalstrafe von ebenfalls 3000 Mk. zu verpflichten, innerhalb zehn Jahren an keinem Ort in Deutschland, wo Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen entstanden sind, ärztliche Tätigkeit auszuüben. Trotzdem ließ sich der Arzt im Februar 1909 in Köln nieder und wurde Krankenkassenarzt. Nun klagte der Leipziger Verband beim Landgericht in Leipzig die Konventionalstrafe ein. Das Gericht entschied aber, daß der Vertrag, in dem der Arzt seine Freiheit verkauft hat, den guten Sitten zuwiderlaufe und deshalb ungültig sei. Alsdann verklagte der Verband den Arzt beim Kölner Landgericht auf Herausgabe der als Gegenleistung für diese Verpflichtung gezahlten 3000 Mk., denn, wenn der Vertrag ungültig sei, habe der Arzt diese 3000 Mk. unrechtmäßig erhalten. Das Gericht wies aber den Verband auch hier ab. Es liege zwar, so sagt das Urteil, auf beiden Seiten ein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimme aber für einen solchen Fall beiderseitigen unsittlichen Verhaltens nach § 817, daß die Rückforderung des Geleisteten ausgeschlossen sei.

Die Prostitution in Deutschland.

Im Verlag von Albert Langen, München, ist ein Buch des Arztes Robert Hessen erschienen, das die Prostitution in Deutschland behandelt. In Deutschland gab es am 1. Dezember 1900 19½ Millionen Verheiratete (Männer und Frauen), außerdem aber 6½ Millionen lediger, verwitweter und geschiedener Männer und 6½ Millionen heiratsfähiger Mädchen und Witwen. Also 19½ Millionen sexuell Versorgte gegen 13 Millionen Unversorgte. Da rechnet Hessen die in der Ehe Darbenden und Hungernden gar nicht mit . . .

Die deutsche Prostitution ist etwas Scheußliches. „Sage mir, welche Prostitution du hast, und ich will dir sagen, von welcher Art deine Menschlichkeit ist," so ruft Hessen den Deutschen zu. An ein paar Lebensläufen, die er mit eigenen Augen verfolgt, zeigt er, wie unheimlich rasch die heute noch „frische Ware" auf dem deutschen Prostitutionsmarkt verdirbt und degeneriert. Das ganz verpfuschte Exemplar kommt dann in den internationalen Mädchenhandel, für den — man weiß — Deutschland und Österreich-Ungarn die meiste Ware stellen. Den Mädchenhandel bekämpft man freilich, aber wie dilettantisch, wie hirnlos wird da „gekämpft"! Es gäbe wirksamere Mittel als dies bißchen recht ergebnisarme Bahnhofpolizeispielen. Hessen erzählt auf Grund einer Mannheimer Statistik aus dem Jahre 1907, daß von geschlechtskranken Weibern 22 Prozent Kellnerinnen waren. Der Kellnerinnenberuf ist in Deutschland oft das Sprungbrett zur Prostitution. Dazu sagt Hessen: „Ich rechne unsere Kellnerinnen zu den mühsalgeplagtesten Einwohnern von Deutschland. Wenn sie uns nett und freundlich gegenübertreten, ahnen die wenigsten, was auf diesen dienstbaren Geistern deutscher Unersättlichkeit lastet. Fast jede von ihnen wird durch die Entziehung von Schlaf ruiniert. Denn ob es bis 2 Uhr nachts gedauert hat oder bis 5 Uhr früh, um 8 oder 9 Uhr morgens müssen sie im Lokal sein und das Geschirr in Ordnung bringen. Und das winterliche nächtelange Hantieren in diesen zur Erzeugung von Durst überheizten, tabakgeschwängerten Höhlen! Die meisten sind nach kurzem Liebesfrühling, aus dem ein Kind zu sprießen und in der üblichen Engelspflege draufzugehen pflegt, so müde, daß sie Gott danken, sich an freien Tagen ausschlafen zu können. Tausende haben von dem endlosen Stehen und Schleppen in geschnürtem Zustand Gebärmutterleiden." Wer den deutschen Kellnerinnen das Leben erträglicher, freudiger, gesunder gestaltete, der würde dem Mädchenhandel viel wichtigere Zufuhrquellen abschneiden, als man in den Vereinen zur Bekämpfung des Mädchenhandels ahnt, die übrigens nicht selten in ihrer eignen Mitte „Dienstvermittlerinnen" gefährlichster Art sitzen haben!

Jede Prostitution ist so wie ihre Kundschaft. Die Rohheit der deutschen, namentlich der ostpreußischen Dirne, ist nur ein Echo der Roheit ihrer Kundschaft. Das deflorierte Mädchen, das aus der Provinz nach Berlin kommt, um als Eingeschriebene zu leben, ist noch gar nicht so gemein, wie es im Umgang mit den rüden Gesellen ihres Kundenkreises werden muß. Daß die Prostitution durchaus nicht anmutlos, ordinär und unreinlich sein muß, erörtert Hessen an einem seiner Lieblingsthemen; am japanischen System. Die Prostitution verdient dort einen andern Namen, denn sie ist, nach Hessen, ein großes, zweckmäßig eingerichtetes hygienisches Institut zur Gesunderhaltung eines kräftigen Volkes." Die Mädchen wohnen wohl in eignen Quartieren, aber es ist gesetzlich verboten, ihre persönliche Freiheit auch nur im geringsten zu beschränken. Die Ausplünderung durch Wirtinnen wird schwer bestraft. Die japanische Gesellschaft begegnet den Mädchen nicht mit Verachtung und so können sie, wenn sie sich in ein paar Jahren Ersparnisse gemacht haben, in ein Dörfchen ziehen, wo sie sich unschwer verheiraten. Die japanische Liebesverkäuferin wird auch beruflich nicht so ausgebeutet. Hessen erzählt, daß sie im Tag einen, höchstens zwei, zuweilen gar keinen Besuch empfange. Darum putzen sich die Mädchen, korrespondieren, singen, tanzen und werden nicht so furchtbar schnell stumpf wie das mißhandelte und mißbrauchte deutsche Bordellmädchen. In den japanischen Teehäusern wird — auch das bürgt für bessere Lebensformen — Tee, nicht Bier und Wein getrunken, es fehlt also an dem spezifischen Alkoholgebrüll. Auch die Mädchen bleiben immer nüchtern. Unnötig und unmöglich, zu erklären, wie peinlich sauber es in den japanischen Teehäusern zugeht . . . Moralisten werden sich über die japanischen Liebeskultur aufhalten (obwohl die Japaner gar nicht wüstlingshaft geworden, sondern außerordentlich selbstbeherrscht sind). Robert Hessen der Hygieniker, blickt mit Neid nach Osten.

Hessen nennt sein verständiges Buch nicht „die sexuelle Frage", weil er überhaupt mehr fürs Antworten als fürs Fragen ist; nichtsdestoweniger rührt er an den ganzen Komplex von sozialen, hygienischen, psychologischen und moralischen Fragen, die rund um die Prostitution entstehen. Seine Antworten sind mutig, weil sie frei von Heuchelei sind, sie wirken erfrischend, weil Hessen sich weder von statistischen Tabellen noch von moralischen Redensarten um seine Unbefangenheit bringen ließ. Was er von den Deutschen fordert, das ist erstens: Verhütung von Sklaverei, zweitens: Herstellung von Reinlichkeit. Die Begriffe „Laster", „Sünde", „Strafe" verbietet er aus der Debatte.

Sein letztes, sein wärmstes Wort gilt den unehelichen Kindern, deren Los, wenn die Mütter sie weggeben müssen, glatter Mord und Vernachlässigung ist. „Wenn diese unehelichen Kinder auch nichts weiter wären als schön und feurig, sollten wir sie gern willkommen heißen und hegen. Aus Zuneigung entstanden, weil der Vater verliebt, die Mutter begehrt war, sind sie ein zehnmal besserer Ausdruck unserer Rasse als das Gewimmel skrofulöser, krummbeiniger, wasserköpfiger Halbassen, das nur noch der abendliche Rausch reizlosen Gattinnen im Dämmerlicht abverlangt." Hier hört man eines Mannes Herz schlagen: Sorge für die unehelichen Kinder — das ist die beste Politik gegen die Prostitution! —

Aus Nah und Fern.

Aus dem Zug gestürzt. Auf der Strecke Mahlsdorf—Berlin stürzte gegen 10 Uhr der 19jährige Kaufmann Altersdorf aus dem Zuge und kam unter die Räder; beide Beine wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte wurde mit dem nächsten Zuge nach Berlin in die Charitee übergeführt.

50 000 Mk. unterschlagen. Der auf dem Postamt 17 am Schlesischen Bahnhof in Berlin beschäftigte Briefträger Ludwig Bergmann unterschlug 50 000 Mk. in bar, die er aus dem Packraum des Postamts nach der Briefausgabe bringen sollte und flüchtete. Der Briefträger Bergmann ist durch seine noblen Passionen und zahlreichen Liebschaften zu der Unterschlagung veranlaßt worden. Die Tat war seit langer Zeit vorbereitet. Auf die Ergreifung des Defraudanten sind 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Ertrunken. Von einem am Kaiser-Vollwerk in Swinemünde vor Anker liegenden Torpedoboot stürzte gestern der auf Posten stehende Matrose Kunze in den Hafen und ertrank. Nach mehrstündigem Suchen konnte die Leiche geborgen werden.

Großfeuer. In Stegen bei Brunek (Tirol) brach bei heftigem Ostwind Großfeuer aus, das fünf Wohnhäuser samt allen Nebengebäuden in Asche legte. Der Schaden ist bedeutend. Die gesamte Ernte verbrannte. Das Feuer entstand durch spielende Kinder.

Ein neuer Mord. Am Büchelberg bei Aschaffenburg, wo bereits vor sieben Jahren ein bis heute unentdeckt gebliebener Mord an einem Mädchen begangen wurde, ist vorgestern ein neuer Mord an einer Frau verübt worden.

Kellnerinnenelend. Die schamlose Ausbeutung der Kellnerinnen wird drastisch charakterisiert durch einen Arbeitsvertrag, den eine Inhaberin einer Leipziger Animierkneipe mit einer Kellnerin abschloß. Dieses klassische Dokument lautet (wörtlich):

Arbeitsvertrag
zwischen Arbeitgeberin Frau Leopoldine Lukesch
und Kellnerin . . . . . .
Vereinbart wurde:
Arbeitsantritt: 20. Juni 1910 Vormittag.
Lohn: 10 (Zehn) Pfennig täglich.
Bezahlung: erfolgt bei Austritt.
Beschäftigt als: Kellnerin.
Arbeitszeit ab: ½10 Uhr Vorm. — 12 Uhr Nachts.
Kranken- und Invalidenversicherung: Frau Leop. Lukesch bezahlt alle Beiträge hierzu allein, ohne Lohnabzug.
Betreffs gegenseitiger Kündigung: Frl. W. M. kann jederzeit ab ½10 Uhr Vorm. — 12 Uhr nachts abrechnen, während dieser Zeit auch entlassen werden, ohne daß hieraus Ansprüche irgendwelcher Art geltend gemacht werden können.
Die Unterzeichneten, welche sich mit obigem ohne jeden Widerspruch voll und ganz einverstanden erklären, erhielten hiervon je ein Exemplar ausgehändigt.
Leipzig, den 20. Juni 1910.

Arbeitgeberin:
Frau Leop. Lukesch. Kellnerin:
i. Vollm.: Rudolf Sack . . . . . .
Sohn 1. Ehe. Cafe Wien.

Das „Cafe" Wien der Frau Leopoldine Lukesch ist eine Animierkneipe der gewöhnlichsten Sorte. Der Vertrag zeigt in erschreckender Weise die unerhörte Ausbeutung der Kellnerinnen, die bei solchem „Lohn" der Prostitution ja mit Gewalt in die Arme getrieben werden. Der „Vater Staat" besinnt sich solch ausgebeuteter Mädchen erst dann, wenn er sie wegen „Ausübung gewerbsmäßiger Unzucht" vor den Richter schleppen kann. Die satte Bourgeoisdame aber rümpft dann die Nase über solche „verwahrloste Mädchen".

Postdiebstahl. In Linz wurden am Bahnpostamt aus dem verschlossenen Dienstwagen vier Wertbeutel entwendet, die zusammen mit 29 000 Kronen deklariert waren. Die leeren Beutel wurden in der Nähe des Amts aufgefunden. Von den Dieben hat man keine Spur.

Explosion. Bei einem von der Kurverwaltung von Bad Oeynhausen im Kurpark veranstalteten Feuerwerk flog ein Feuerwerkskörper in den Behälter, in dem die übrigen noch lagerten. Es entstand eine Explosion, durch die die Frau des Werkmeisters Bilken getötet und drei weitere Personen schwer verletzt wurden.

Fortbildungskurse für Volksschullehrer. Die im vorigen Jahre eingerichteten Fortbildungskurse für Volksschullehrer sollen in Zukunft in allen preußischen Provinzen abgehalten werden. Es kommt der Regierung vor allem darauf an, den Lehrer mit den Aufgaben und der Organisation des ländlichen Fortbildungsschulwesens und mit der Methodik des Unterrichts vertraut zu machen. Der Lehrstoff wird daher auf die für die praktische Schularbeit wichtigen Gebiete beschränkt. Im Vordergrund stehen Gegenstände aus dem Gebiet der angewandten Naturkunde; daneben werden Stoffe aus der Bürgerkunde behandelt. Die Auswahl der Leiter und der Dozenten für die Kurse unterliegt der Genehmigung des Ministers. Im allgemeinen sollen 35 bis 40 Personen an jedem Kursus teilnehmen; die Kurse selbst sind nur von kurzer Dauer. Die Kosten werden auf die Staatskasse übernommen; jedoch wird angestrebt, daß sich die Gemeinden, Provinzen, Kreise, Landwirtschaftskammern und landwirtschaftliche Vereine wenigstens an der Bereitstellung von Beihilfen für die Reise- und Unterhaltungskosten der Teilnehmer beteiligen.

Der heilige Bureaukratismus in Belgien hat einem Luxemburger Bürger ein Stückchen geliefert, das verdient, in Europa die Runde zu machen. Ein Luxemburger Bürger namens Breisch hatte in der Luxemburger Abteilung der Brüsseler Ausstellung eine Anzahl von ihm gearbeiteter Schmucksachen ausgestellt, die in der Nacht vom 23. Juli gestohlen wurden. Er gibt deren Wert auf 14 000 Frank an. Kaum war die Nachricht von dem Diebstahl durch die Zeitungen gegangen, da erhielt Herr Breisch von der belgischen Zollverwaltung ein Schreiben folgenden Inhalts: „Da Ihre Schmucksachen zollfrei nach Belgien eingeführt sind in der Voraussetzung, daß sie nach Schluß der Ausstellung wieder ausgeführt werden — diese Voraussetzung aber nach dem Diebstahl hinfällig wird, indem die Sachen nunmehr auf belgischem Gebiet dauernd verbleiben werden — werden Sie aufgefordert, die entfallenden Zollsätze für die quäst. Gegenstände sofort zu entrichten." Herr Breisch soll geantwortet haben, er schiebe die Verpflichtung zur Erlegung der Zollgebühren auf den Dieb ab. Vielleicht macht diesen die Zollverwaltung ausfindig, nachdem die Polizei bis jetzt sich auf den Standpunkt gestellt hat, die Sache gehe sie nichts an.

Das Unwetter in Ungarn. Die in Budapest eintreffenden Einzelheiten über die Unwetter-Katastrophe im Szolnok-Dobokaer Komitat entwerfen ein furchtbares Bild der Verwüstung. Die Felder von fünf Ortschaften sind total vernichtet. In der Gemeinde Nagydebrek, woher erst jetzt Berichte kommen, wurden bisher 27 Leichen aufgefunden, während 31 Personen fehlen, die als verloren gelten. Hiobsbotschaften kommen auch aus dem Szatmarer Komitat, wo der Szamos-Fluß mehrere Gemeinden überflutet hat. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, fünf Personen ertrunken.

Vermißte Hochtouristen. Aus Graz wird gemeldet; Seit Sonnabend werden zwei Touristen auf dem Hochgrimming vermißt. — Die seit zehn Tagen in Admont vermißten Breslauer Touristen sind noch immer nicht gefunden; man befürchtet, daß sie auf der Sparafeld-Gruppe verunglückt sind.

Verbrannter Dampfer. Nach einer Meldung aus Panama ist der neue peruanische Dampfer „Huallaga" vor der Küste von Peru verbrannt. Drei Matrosen sind umgekommen. Die Passagiere und die übrigen Mannschaften wurden von dem Schwesterschiff „Ucayali" an Bord genommen.

Generalstreik der Bauarbeiter in Chicago. Der Generalstreik der Bauarbeiter in Chicago ist beschlossen und gestern abend proklamiert worden. Er wird sich voraussichtlich unmittelbar auf 18 000 Arbeiter erstrecken, mittelbar auf weitere 10 000.

Genossenschaftsbewegung.

Die „Post" über die Konsumvereine. Der neugegründete „Bund der Festbesoldeten" agitiert gegen ältere bestehende Beamtenvereinigungen mit der Behauptung, diese seien mittelstandsfeindlich, weil sie die Konsumvereine fördern. Das ist eine recht kleinliche Art der Agitation, die zudem erkennen läßt, daß über die Bedeutung und die Wirksamkeit der Konsumvereine recht unklare Vorstellungen beim „Bund der Festbesoldeten" herrschen. Er muß es sich daher gefallen lassen, daß das Scharfmacherblatt, die „Post", ihm folgende Zurechtweisung zuteil werden läßt:

Das Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe freilich, um die großkapitalistischen Gewinne auch dem kleineren Konsumenten zuzuwenden, werden — mit Verlaub! — wohl auch die Beamtenvereine als berechtigt anerkennen dürfen. Die Spitze dieser kulturell ungemein wichtigen Bestrebungen wendet sich übrigens nicht gegen den Gewerbetreibenden und Kleinhändler, sondern gegen die Warenhäuser; warum erklärt der „Bund" sich nicht auch gegen die in letzteren häufig geübte Preisschleuderei und Rabattgewährung?

Wenn die „Post" wieder einmal die modernen Konsumvereine angreift, wird man sie an dieses Zitat erinnern dürfen.

Möbelhändler, Möbelfabrikanten und Möbelkonsumenten. Die in Düsseldorf erscheinende Zeitschrift „Der Detaillist" enthält den Wortlaut eines Vertrages, der zwischen der Vereinigung deutscher Möbelindustrieller, Sitz Berlin, einerseits und dem Schutzverbande der Möbel- und Dekorationsgeschäfte von Rheinland und Westfalen, dem Verbande der Möbelgeschäfte in Frankfurt a. M. und dem Verbande der Möbelbranche von Süddeutschland andererseits abgeschlossen worden ist. Nach diesem Vertrage verpflichten sich die Möbelfabrikanten, sofern sie nicht bereits vor Inkrafttreten des Vertrages ein offenes Detailgeschäft betrieben haben, weder direkt noch indirekt an Private Möbel zu liefern. Nach Inkrafttreten der Vereinbarung soll kein Fabrikant mehr ein offenes Detailgeschäft gründen dürfen. Die Fabrikanten, die bereits ein offenes Detailgeschäft haben, sollen nur berechtigt sein, innerhalb eines zu vereinbarenden Heimatsbezirkes an Private zu liefern. Außerhalb dieses Bezirkes dürfen Fabrikanten nicht an Private liefern, sie müssen vielmehr an sie gelangende Aufträge an Möbelhändler überweisen, wofür sie eine besondere Vergütung erhalten. Die Fabrikanten, die direkt mit dem privaten Publikum verkehren, werden verpflichtet, mit den Möbelhändlern Vereinbarungen über die zu fordernden Preise zu treffen, welche es den Detailhändlern ermöglichen, konkurrenzfähig zu bleiben. Um diese Vereinbarungen durchzuführen, ist seitens der Möbelhändler eine Liste von Fabrikanten herausgegeben worden, welche die vorstehend wiedergegebenen Bedingungen anerkannt haben. Fabrikanten, welche auf den Verkehr mit dem privaten Publikum nicht verzichten wollen, werden auf die schwarze Liste gesetzt und den Möbelhändlern bekanntgegeben. Die ganzen Abmachungen sind diktiert von dem Bestreben, den Profit der Zwischenhändler in Möbeln aufrechtzuerhalten. Das Publikum soll gehalten sein, beim Kauf von Möbeln einen Tribut an die Möbelhändler zu leisten, und die Möbelfabrikanten unterstützen durch diese Vereinbarungen dieses Bestreben der Möbelhändler. Der Vorgang ist nicht neu, er hat seine Vorläufer in anderen Branchen gehabt. Die Konsumenten können daraus ersehen, daß Produzenten und Händler stets geneigt sein werden, sich zu verbünden, um ihre Gewinne auf Kosten der Konsumenten zu erhöhen. Die Rheinisch-westfälische Holzindustrie, eine Genossenschaft, die den Konsumenten gute und preiswürdige Möbel liefert, zeigt, welchen Weg die Konsumenten einzuschlagen haben, wenn sie freikommen wollen von der Tributleistung an die Möbelhändler. Wenn durch die Vereinbarungen zwischen Möbelhändlern und Möbelfabrikanten ein erhöhter Umsatz der Rheinisch-westfälischen Holzindustrie erzielt würde, so wäre dieses eine zwar nicht beabsichtigte, aber begrüßenswerte Folgeerscheinung dieses Paktes zwischen Produzenten und Händlern in der Möbelbranche.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte", redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h) die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 15. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor:

Adolph von Elm: Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie. — Dr. Josef Bloch: Zurück zur Negation? — Dr. Ludwig Quessel. — Das Dogma von der Verschärfung der Klassengegensätze. — Dr. Max Maurenbrecher: Die Religionsfrage in der politischen Agitation. — Boris Saitzew: Die Perlen. — Hans Fehlinger: über Rassenhygiene. — Hermann Matutat: Die öffentliche Speisung der Volksschuljugend. — Ge-

nossenschaftsbewegung von G. David. — Geistige Bewegung von Dr. W. Hausenstein. — Philosophie von Prof. Dr. F. Staudinger. — Dichtkunst von M. Hochdorf. — Technik von Dr. H. Lux. — Verkehr von F. Linke.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal. Probehefte stehen auf Verlangen kostenfrei zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 16 hat unter anderem folgenden Inhalt: Ein Sieg des Rechts. — Die politischen Parteien. Das Zentrum (Schluß). Von J. Borchardt. — Vom gesunden und kranken Herzen (Illustriert). Von S. Drucker. — Das wirtschaftliche Programm der freien Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Der Kampf um die Jugend im klassischen Weimar usw. Beilage: Die Alten an die Jungen. Gedicht von K. Petersson. — Es lebe die Freiheit! Erzählung aus dem Moskauer Barrikadenkampf. Von Dimitriewa. — Der Große frißt den Kleinen. III. Der ganz Große. Von G. Eckstein. — Ein Indianerbuch. Von E. Hahnewald. (Illustriert.) — Wander- und Reisesparkassen. Von W. St. — Vom Wechsel des Geschmacks im sprachlichen Ausdruck. Von R. Franz. — Mut. Gedicht von Liesbeth Eisner. — Gerechte Entrüstung. Erzählung.

Die Namenlosen. Geschichten aus dem Leben der Arbeiter und Armen. Die Armenleut-Geschichten sind aus der Mode gekommen. Die Besitzenden wollen sich nicht mehr aufregen lassen und die Nichtbesitzenden haben oft ein berechtigtes Mißtrauen gehabt gegen die Schilderungen ihrer Existenzbedingungen, ihrer Sorgen und Nöte durch Personen, die selbst nicht das erfahren haben, was sie erzählen, die aus andern Klassen der Gesellschaft stammen, oberflächlich mit den Arbeitern verkehrt haben, und so in die Psychologie der Proletarier nicht einzudringen vermochten. Ein durchaus anderes Buch als diese Armeleutgeschichten der jungen Schriftsteller sind die Geschichten aus dem Leben der Arbeiter und Armen, die nun Ferdinand Hanusch unter dem charakteristischen Titel „Die Namenlosen" in der Wiener Volksbuchhandlung erscheinen läßt. Hier greift ein Mann zum Stifte um das Proletariat in seinen Lebensnöten, in seinen Freuden, in seinen Gegensätzen gegen die Besitzenden zu schildern. Das Kind und den Lehrling, den Mann und den Greis, die Jungfrau und die bejahrte Arbeiterin, den Arbeiter auf der Walz wie im Bauernhofe, den auf der Landstraße verkommenden und den hoffnungsvoll ins Leben ziehenden, den von Gefahren umgebenen Arbeiter, den ernsten und den lustigen, sie alle finden ihren Schilderer in dem Buche von Hanusch. Mancher Freund, mancher Bekannter wird auftauchen vor unseren Augen, wenn wir dieses Buch lesen. Eine vertraute Umgebung und doch eigenartige und aufs tiefste anziehende Schicksale entrollen sich da vor seinen Augen. Hanusch, der heute der Leiter einer der größten Arbeiterorganisation Österreichs, ein Vertreter des Proletariates im Parlamente, ein allen klassenbewußten Arbeitern lieber und treuer Genosse ist, hat von frühester Jugend bis ins Mannesalter hinein am Webstuhl gearbeitet. Wenn er den Arbeiter auf der Walze schildert, so kann er es, weil er mit ihm gewandert ist, wenn er von den Leiden des Arbeiters in der Fabrik spricht, er vermag es, denn er ist viele Jahre mit ihm zusammen in dem heißen und staubigen Fabriksaal gewesen. Und das Heim des Arbeiters, seine Sorgen, seine Freuden und seine Hoffnungen kennt er wie nur irgend einer. So ist er berufen zum Schilderer des Arbeiterlebens, so schöpft er aus eigener Erfahrung und Beobachtung, wenn er uns die Namenlosen darstellt. So wird dieses Buch seinen Weg gehen, so wird es diejenigen finden, die das beste Publikum, die das größte Verständnis für die Darstellung Hanuschs haben, so wird es in die Hütten der Arbeiter, in die Bibliotheken der Arbeitervereine gelangen, so wird es gelesen werden von den Proletariern nach Feierabend und in den kurzen Pausen, die zwischen der Arbeit liegen. Die vielen Freunde und Freundinnen, die schon die früheren Werke von Ferdinand Hanusch, den Weber Seff, den Agitator, die Leibeigenen und Auf der Walze gelesen haben, sie werden alle erfreut sein über ein neues Buch von Hanusch, sie werden wirken für seine Verbreitung, wie auch der Arbeiter und die Arbeiterin, denen in den Namenlosen zuerst Hanusch als Darsteller des Arbeiterlebens entgegentritt. Das Werk wird in 18 Heften zum Preise von à 12 Heller vollständig vorliegen. Alle acht Tage gelangt ein Heft zur Ausgabe. Die komplette Ausgabe kostet broschiert 2 K., elegant gebunden 2,50 K. Alle Buchhandlungen und Kolporteure nehmen Bestellungen an. Sollte die Bestellung auf Schwierigkeiten stoßen, wende man sich direkt an die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung, die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI/I., Gumpendorferstraße 18.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Gestern abend 10 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unser kleiner **Bruno** im Alter von 8 Monaten.

Tiefbetrauert von seinen Eltern.
C. Schnoor u. Frau Marie, geb. Hecht.

Gestern abend 11 Uhr starb plötzlich und unerwartet nach langer, schwerer Krankheit unser lieber, süßer
Rudolf
im zarten Alter von 1½ Jahren.
W. Scharbow u. **Frau** geb. Lundt.

Central-Kranken-Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Hierdurch unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der frühere Stepper

A. W. Gerdes

gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 30. Juli, nachmittags 1¾ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Eine **milchgebende Ziege** zu verkaufen.
Torneiweg, 2. Haus, 1 Treppe.

Dr. Schlomer
zurück.

Speisekartoffeln, 10 Pfd. 30 Pfg., 100 Pfd. 3 Mk., feinschm. Rosenkart. 10 Pfd. 30 Pf. **C. Prestin,** Depenau 13.

Gute gepflückte Äpfel u. Birnen Pfund 20 Pfg. empfiehlt
C. Prestin, Depenau 13.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.
Rotzungen, Schollen, Seelachs, Goldbutt, Schellfische, lebende Aale.
Täglich frisch geräucherte Bücklinge, Aale, Störfleisch, Schellfische, va. Lachs.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Reste.

Alle Reste, die sich im Laufe der Saison angesammelt haben,

zu Spottpreisen.

Passend für **Schürzen, Kinder- u. Hauskleider,** sowie **Blusen.**

Weißwaren-Reste.
Einzelne Knaben-Anzüge
für das Alter von 3—10 Jahren, zum Aussuchen
2.50 u. **3.00** Mk.

F. Jürgensen,
Schwartauer Allee
(Ecke Fackenburger Allee).

Die öffentliche Bauberatungsstelle

erteilt dem bauenden Publikum gegen geringes Entgelt Rat in allen Fragen der Bauausführung und zwar ebenso für eine wirtschaftlich gute Ausnutzung wie für eine gute äußere Gestaltung der Bauten.

Zur Raterteilung und Annahme von Anträgen halten sich die nachstehend bezeichneten Herren des Arbeitsausschusses bereit:

Baudirektor **Baltzer,** Mühlendamm 10
Architekt **Glogner,** Marienkirchhof 4-5
Regierungsbaumeister **Mittelstädt,** Mühlenstraße 48
Bauinspektor **Mühlenpfordt,** Mühlendamm 10
Architekt **Redelstorff,** Mengstr. 10
Maurermeister **Stapelfeld,** Marlesgrube 69—71.
Professor **Vollmer,** Curtiusstr. 4.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken

Empfehlungskarten ::

werden hergestellt in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Tombola u. Club-Gewinne!

Schiess- und Keglerpreise. Würfel- und Glückstopfgegenstände finden Sie für Vereine in enormer Auswahl zu billigsten Preisen. Gebe Würfel- und Glückstopfgewinne event. in Kommission. Artikel von 5 Pfg. an. Gratis geliehen erhalten Vereine Scheibenbüchsen für Herren, Patent-Pistolenschiessapparate, Rasenkugel- und Würfelkegelspiele für Damen, im Freien, sowie im Saal zu benutzen.

Grosse Auswahl in Fest- und Gelegenheitsgeschenken.

Hermann Richelsen, Lübeck.
Königstrasse No. 111, Ecke Aegidienstraße.
Aussteuer-Magazin f. Haus u. Küche. Glas-, Porzellan- u. Luxuswaren.

Pa. Schweinefleisch, Bratenstücke, p. Pfd. 70 Pfg.
Ger. Schweinsbacken p. Pfd. 75 Pf.
Pa. weiß. Schmalz per Pfd. 85, bei Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **80**
Ger. Rollschultern p. Pfd. 80 Pf.
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 90, bei Abn. von 4 Pfd. p. Pfd. **85**
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an heiße Knackwurst.
Fernspr. 1574 **M. Lahrtz, Wurstfabrik, Böttcherstr. 16.**

Meyer's

Herren- u. Damen-Schuhe u. Stiefel sind stadtbekannt.

Haupt-Preislagen:
7.50 8.50 9.50 10.50 11.50 12.50 Mk.

Schuhwarenhaus
J. W. Meyer
Lübeck
Breitestrasse 95.

Hüxstraße 83/85.
Eine große Partie Tilsiter Fett-Käse
Pfd. **30, 35, 40, 45** und **50** Pfg.
soll so schnell wie möglich geräumt werden.
Gebrüder Oldekop, Käse-Großhandlung,
Hüxstraße 83/85.

Einladung zum
5. Bundes-Fest
des Arbeiter-Sängerbundes für das Fürstentum Lübeck
am Sonntag, dem 31. Juli 1910,
im Lokale des Herrn Piquardt, „Hotel Kronprinz" in Schwartau.

Um 2 Uhr: Festzug durch den Ort.
Von 4 bis 6 Uhr: Konzert und Gesangsvorträge.
Ballanfang 6 Uhr.

Preis für Konzert und Ball 1.20 Mk. Einzelne Karten zum Konzert 30 Pfg.
Ballkarte für Herren 1 Mk., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Achtung! Achtung!
Fackenburger Liedertafel.
Tombola
findet umständehalber nicht am 31. Juli, sondern am Sonntag, dem 14. August, nachmittags 4 Uhr, statt.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 31. Juli, ein **Ausflug** mit Musik nach **Schwartau** stattfindet. Abmarsch 1 Uhr vom Vereinslokal.

Der Vorstand.

Holsten-Automat
G. m. b. H. **Holstenstr. 14.**
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Moisling
(Bannerweihe)
am Sonntag, dem 31. Juli.
Abfahrt 2 Uhr nachmittags vom Lindenplatz.
Fahrwart II. Der Vorstand.

Öffentliche politische Versammlung
Trems-Vorwerk.
Sonntag, den 31. Juli 1910, nachmittags 4½ Uhr:
Große öffentliche
Volksversammlung
im Lokale des Herrn **A. Wensker, Vorwerk.**

Tagesordnung:
1. **Hausfrau-Mutterpflicht und Politik.**
Referentin: Frau **Käthe Leu,** Schwartau.
2. Diskussion.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, versäumt nicht, in dieser Versammlung zu erscheinen, um euch Aufklärung zu holen über eure Pflichten im Kampfe der Arbeiterklasse für Freiheit und Brot.

Parteigenossen, sorgt für einen Massenbesuch der Versammlung.

Der Einberufer.
Thomas Wulf, Trems.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Distrikt **Rensefeld-Schwartau.**)

Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 30. Juli
abends 8½ Uhr,
im Gasthof Transvaal.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quart. 1910.
3. Berichterstattung von der Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

Gesangverein Harmonia
Rensefeld.
Abmarsch zum Bundesfest Sonntag, den 31. Juli, 11¼ Uhr, vom Vereinslokal. **Der Vorstand.**

Freie Jugend Lübecks.
Sonntag, den 31. Juli:
Ausflug nach Waldhusen.
Abmarsch 2 Uhr
von der Burgtorbrücke.
Der Ausschuß.

Stadthallen-Theater.
Sonnabend 8 Uhr. Außer Ab. Jeder Platz 50 Pfg.
Der Herr Senator.
Sonntag 7½ Uhr. 51. Ab.-Vorst.
Gastspiel **Willi Bonin.**
Gasparone.
Operette in 3 Akt. v. Millöcker.
Montag: 1. Gastspiel der Tanzkünstlerin **Mary Deba** in ihren Tanzpoesien. Dazu:
Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Dienstag: Letztes Gastspiel **Mary Deba.**
Liebelei.
Erhöhte Preise!

Hansatheater.
Sonntag, 31. Juli. 8¼ Uhr.
Gastsp. d. Stadth.-Ensembles.
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Akten.
Vorverk. b. F. Sager, Kohlm.